

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 10. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (jetzgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis (Inkl. Porto) 1,10 Mk. monatlich, 1,10 Mk. vierteljährlich, 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Hausagravier.

Die großen Städte sind hauptsächlich von Arbeitern bewohnt, da im günstigsten Falle auf zwei, oft auch drei, hier und da auf vier Arbeiter ein Bourgeois kommt; diese Arbeiter haben selbst kein Eigentum und leben von dem Arbeitslohn, der fast immer aus der Hand in den Mund geht. . . die Wohnungen der Arbeiter sind durchgehends schlecht gruppiert, schlecht gebaut, in schlechtem Zustande gehalten, schlecht ventiliert, feucht und ungesund; die Einwohner sind auf den kleinsten Raum beschränkt, und in den meisten Fällen schläft wenigstens eine Familie in einem Zimmer; die innere Einrichtung der Wohnungen ist ärmlich in verschiedenen Abstufungen bis zum gänzlichen Mangel auch der notwendigsten Möbel. . . der Durchschnitt liegt aber dem schlimmsten Falle weit näher als dem besten.

Diese Worte schrieb Friedrich Engels im Jahre 1845 in Bezug auf englische Verhältnisse. Aber sie gelten noch heute, nicht nur für England, sondern für alle kapitalistischen Länder. Mag manches sich an der Lage der arbeitenden Bevölkerung im Laufe der letzten beiden Menschenalter verändert haben: der Wohnungsjammer der minderbemittelten Schichten schreit noch immer zum Himmel und wird bei gesteigerten hygienischen und kulturellen Anforderungen schmerzlicher empfunden als je zuvor. Das Privateigentum am Grund und Boden und den Wohnhäusern gestattet, ja gebietet geradezu die widerwärtige Ausbeutung des unabweisbaren Wohnbedürfnisses der Massen, und ein mörderischer Raubbau wird mit den Kräften des Volkes betrieben. Mit dem Vorschreiten der Wissenschaft von den großen volkswirtschaftlichen Ursachen sind auch die Gewissen geschärft worden, und man unternimmt allerlei, um den größten Schäden abzuhelfen: Heilanstalten für Tuberkulosekranke werden gegründet, Erholungsstätten, Reformasylentherapie, Waldschulen eingerichtet, ein paar Kinder der Armut schiebt man allsommerlich auf ein paar Tage oder Wochen in Ferienkolonien, Werblätter werden verteilt zum Kampfe gegen abscheuliche Geschlechtskrankheiten — aber das alles ist im letzten Grunde und im Vergleiche mit der furchtbaren Größe des Übels nutzlose Eijphusarbeit, so lange der Wohnungsnot nicht gesteuert ist. An Stelle der wenigen Duzende von Menschen, denen man Heilung, der Hunderte, denen man wenigstens vorübergehende Linderung ihrer Leiden bringt, treten Tausende und Abertausende, die in dem grauenhaften Pferch der überfüllten Proletariatswohnungen den Keim zum leiblichen, geistigen und moralischen Siechtum in sich aufnehmen. Wer die Gesundheit unseres Volkes im großen Stille bessern will, der muß aufs Ganze gehen und darf die Kräfte nicht an Teilaufgaben zersplittern. Es heißt die Art an die Wurzel des Übels anlegen, die Verteidigung des Wohnbedürfnisses dem privaten Kapitalisten aus den Händen nehmen und zu einer öffentlichen Angelegenheit machen.

Bei dem Drängen nach gründlichen Reformen auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind wir gewöhnt, den Widerspruch der Hausbesitzer zu treffen. Mit jenem Grade von Unverschämtheit, der seine Opfer beinahe fassungslos zu machen pflegt, stellen sich die Hausbesitzer geradezu als die Interessenten in diesen Diskussionen hin, als die, auf die es in erster Linie ankomme. Sie gehören in die letzte Linie. Im Vergleiche mit der Wichtigkeit der Behausungsverbesserung für die Massen der Bevölkerung können die Interessen der Hausbesitzer nur sehr geringen Anspruch auf Beachtung erheben: ob die paar hunderttausend (hoch gerechnet!) Hausbesitzer, die aus dem Vermieten von Wohnungen ein Geschäft machen, ihr angelegtes Kapital ein paar Prozent höher oder niedriger verzinst erhalten, spielt für das Gedeihen unserer Volkswirtschaft gar keine Rolle; die Art aber, wie die Millionen der Mietsbesitzer wohnen, ist für den Bestand unsres ganzen Volkes ausschlaggebend. Diesen Sachverhalt muß man mit um so größerem Nachdruck feststellen, weil neuerdings die Hausbesitzer mit Hilfe einer vorzüglichen Organisation und einer geschickt geleiteten Stimmungsmaße gegen jede, auch die bescheidenste Reform auf dem Gebiete des Wohnungswesens wüten. So jetzt wieder auf dem 26. Verbandstage der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands in Breslau. Mit verzerrten Worten, jubelnd über seinen Erfolg, leitete Herr Leberecht Hartwig in Dresden, der Verbandsdirektor, diesen Verbandstag durch einen Festartikel im Monatsblatt des Verbandes ein; 25 Jahre, so schrieb er, bestehe jetzt der Verband, mit 25 Vereinen sei er 1879 begründet worden, jetzt zähle er 219 Vereine mit 120 000 Mitgliedern. Und weiter:

„Wenn man erwägt, daß eins der konservativsten und ruhigsten Elemente des modernen Staatswesens die städtischen Hausbesitzer sind, wie ihnen noch immer die Nachwirkungen der ehmaligen, unter fast feudalen Drücke leidenden Vergangenheit anhaften, wie sie in ungläublicher Duldbarkeit genügt sind, bei sich selber auf die Forderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit zu verzichten, so muß ein solches Wachstum alle Angehörigen des Centralverbandes mit hoher Freude erfüllen. . . . Allüberall zeigt sich Mehrung, Ausbreitung, Weiterentwicklung und mächtiges Emporwachen. Und wenn auch noch viel, sehr viel zu erreichen bleibt — wächst doch der Mensch mit seinen höheren Zwecken —, so wächst auch der Centralverband mit seinen Aufgaben, so wachsen auch seine einzelnen Glieder im Hinblick auf die starke Wucht der ihnen feindlich gegenüberstehenden Massen der Ungerechten, der Verhörten, der Streber nach Ruhm auf dem Wege des unehrlichen Kampfes gegen den Hausbesitzer, der Mietsbesitzer, aber Gerechtigkeitssinn und Wohlwollensarmen, er wächst zu einer Spannkraft, die endlich zum Siege führen muß zum Siege unter dem Zeichen:

„Daselbe Recht und keine höheren Mächten und größeren Lasten für die Hausbesitzer, wie für alle andern Staatsbürger.“  
Man muß den Mann kennen, der diese Dithyrambe verfaßt hat; die Einführung der kaufmännischen Sonntagsruhe bekämpfte er

einstmals damit, daß dann seine Frau Sonntagabends keinen frischen Kusschnitt laufen könne; gegen Volks- und Schulbrausebäder sprach er mit dem gewichtigen Argument, daß er in seiner Jugend auch nicht gebadet habe und doch gesund und stark geworden wäre; sein Gerechtigkeitsfimmel muß allerdings von dem Dresdener Gericht schmählich verkannt worden sein, das ihn in einem Urteile mit dürren Worten Mangel an Treu und Glauben bei einem Grundstücksgeschäfte vorwarf! Zu den „ruhigsten und konservativsten Elementen“ mögen sich die Hausbesitzer à la Hartwig zählen und auf Verbandstagen prahlend verklären, sie würden von ihren Mietern wie ein Vater geliebt und verehrt: in Wirklichkeit gehören sie zu den schlimmsten Feinden aufstrebender Volksschichten und treiben auch dem kühnsten Beobachter unsrer Zustände durch ihr Gebahren die Galle ins Blut.

Schwächlich und in jeder Beziehung unzulänglich ist das, was bisher in Deutschland auf dem Gebiete der Wohnungsreform von den Regierungen und ihren Organen und den Gemeinden geleistet worden ist: durch tausend Rücksichten gefesselt, ängstlich ausweichend nach dem Wohlwollen der „konservativsten und ruhigsten Elemente“ hat man nur hier und da einen kleinen Anlauf genommen; ein wenig Bauordnung, ein wenig Wohnungsinspektion, ein wenig Geld für Baugenossenschaften — das ist alles. Wie aber tobte man dawider auf dem Tage der Hausagravier:

„In Großstädten von über 100 000 Einwohnern besteht ein Bedürfnis für Baugenossenschaften überhaupt nicht. . . Der Centralverband verurteilt jedwede vorzugsweise Unterstützung von Baugenossenschaften aus öffentlichen Mitteln als den Grundfägen eines lokalen Wettbewerbes mit dem privaten Unternehmertum widersprechend und richtet an die billig denkende Bevölkerung aller Bundesstaaten das Ersuchen, aus Gründen der Gerechtigkeit sich diesem Urteil anzuschließen. . . Wenn der Staat den Arbeitern billige Lebensmittel liefern wollte, dann würden sich die Landwirte mit Recht dagegen wenden. Ebenso dürften es sich die städtischen Hausbesitzer nicht gefallen lassen, wenn der Staat einigen Klassen zum Schaden der Hausbesitzer billige Wohnungen liefere.“

Mit solchen und ähnlichen lapidaren Sätzen that man eine der wichtigsten Seiten der sozialen Frage ab; und als ein Aushausbesitzer, der Rechtsanwalt Dr. Cohn aus Dessau, bei einer Versprechung der Sklavereiverträge, die man Mietskontrakte zu nennen beliebt, einen jeden Abzug selbstverständlicher sozialer Wahrheiten der Versammlung anzubieten wagte, schrie man ihn einfach nieder — aus Gründen Hartwigischer „Duldbarkeit“ offenbar. — Unser gesamtes kommunales Leben in allen Teilen des Reiches krankt an einer historisch überlieferten aber mit jedem Tage unvernünftiger und hassenswerter werdenden Bevorzugung der Hausbesitzer; aber Hartwig greinte, „in den Parlamenten wisse man laun, daß es einen Hausbesitzerstand gäbe; man müsse dafür sorgen, daß im Reichstage und den Einzel-Landtagen auch der Hausbesitzer sitz und Stimme erhalte“.

Ist's gleich Wahnsinn, hat es doch Methode! Wer, wie die Hausbesitzer, sich für den Angelpunkt der Welt hält, wer sich den Ruhm anmaßt, die Entwicklung des modernen städtischen Lebens geschaffen zu haben, wer sein „Recht“ auf Ausbeutung seiner ärmeren Mitmenschen als ein heiliges, unantastbares Recht hinstellt — nun, der darf auch Majestätsrechte für sich im öffentlichen Leben beanspruchen.

Eine Diskussion ist mit Leuten, wie sie sich auf dem Breslauer Tage produzierten, für uns unmöglich. Wir bescheiden uns bei dem Gedanken, daß selbst Götter vergeblich gegen die Dummheit kämpfen; und hier paart sich mit der Dummheit der ungebändigte Erwerbsdrang. Die Hausbesitzer durch Belehrung von ihrem gemeinschaftlichen Treiben abbringen zu wollen, wäre ein lächerliches Beginnen. Sie werden nur der Macht weichen. Die Wohnungsfrage ist eine Machtfrage. Diese Macht müssen wir erreichen; dies ist die Aufgabe und das Ziel unsres Klassenkampfes und insofern mündet jeder Versuch einer Lösung der Wohnungsfrage in den großen proletarischen Kampf um die Befreiung aus sozialem Elend ein; insofern ist auch richtig, daß die Wohnungsfrage nicht zu lösen ist, ehe nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem beseitigt ist. Diese Wahrheit ist so richtig, daß wir sie — als verzerrtes Echo vom Hausagraviertage zu uns herüberhallen hörten.

#### Zum Viller Parteitag.

Paris, 7. August. (Eig. Ber.)

Die Sozialistische Partei Frankreichs (P. S. de F.) wird vom 9. bis zum 11. August in Ville ihren dritten Jahreskongress abhalten. Seit ihrem Entstehen auf dem Kongress zu Commeny (1902), dem übrigens schon 1901 der quodlibetisch-blanquistische Vertrag von Jure vorausgegangen war, hat sich ihre äußere Lage, wie diese durch die allgemeine politische Situation des Landes bestimmt wird, nicht geändert. Derselben ungünstigen Willen-Bedingungen drückten auf ihre Entwicklung mit einer Wucht, die in keinem Lande mit einer alten sozialistischen Bewegung ihres gleichen findet.

Die Herrschaft des Blocs, der Vereinigung der bürgerlichen Demokratie und der ministeriellen Sozialisten; das Nebenbestehen der innerlich, organisatorisch schwachen, aber äußerlich, im Parlament und in der Presse einflussreichen, den Vorderplan der politischen Bühne ausfüllenden P. S. F. (Jaurèsisten); der wachsende Einfluß der sozialrevolutionären Bürgergenossenschaftler — das sind die drei Hauptmomente, die, in wechselseitiger Wirkung ihre Bedeutung verhärtend, das normale Wachstum der parlamentarisch-sozialistischen P. S. de F. von drei Seiten zugleich eindämmen und hemmen.

Der antikerisale Vordergrund der Bloc-Politik wirkt ansiehend auf die breiten Schichten des Kleinbürgertums und der demokratisch gesinnten Arbeiterschaft, und zwar desto mächtiger, als die antikerisale Aktion des Kabinetts Combes thatsächlich allerdings immer umfangreicher und gründlicher wird. Der sozialreformistische Hintergrund der Bloc-Politik rückt immer mehr in eine Nähe, die jedenfalls

sichtbar genug ist, um breite Schichten der sozialistisch-unklaren Arbeiterklasse mit einem Glauben an den Bloc zu erfüllen, der der Entwicklung ihres Klassenbewußtseins, dem Streben nach einem Zusammenschluß in einer proletarischen Partei nur hinderlich sein kann. In dieser Beziehung zeitigt die jüngste Periode der Renaissance der bürgerlichen Demokratie in Frankreich ähnliche Folgen wie die einseitige Politik der herrschenden Klassen Englands seit der Niederlage des Chartismus. Der größere Vorteil dieser Folgen fällt freilich hier dem ministeriellen Sozialismus zu, weil und insofern er die Vorhut des Blocs bildet. Aber es liegt auf der Hand, daß die Lage der proletarischen Massenpartei dadurch nicht verbessert, sondern verschlimmert wird. Der Kampf der P. S. de F. um Einfluß und Wähler gegen die französischen Linksradikalen, die sich sogar den Namen: „Sozialisten“ zulegen, ist natürlich schwieriger als der Kampf gegen die bürgerlichen Afterdemokraten Deutschlands. Und noch viel schwieriger ist unter den gleichen Bedingungen derselbe Kampf gegen den ministeriellen Sozialismus, der unter Verbeihaltung der grundsätzlichen Formeln der internationalen Sozialdemokratie seine Taktik und Tätigkeit aufs engste der Erfordernissen der zögerlichen Kartellpolitik angepaßt hat.

Diese Anpassung an die derzeitige politische Situation, welche letztere übrigens von den ministeriell-sozialistischen Theoretikern zu einem historischen Entwicklungsstadium Frankreichs und weiterhin aller demokratischen Länder erhoben wurde, ist es in erster Linie, die dem Jaurèsismus über alle seine bisherigen inneren Konflikte, über die von Zeit zu Zeit aufstrebende Empörung seines linken Flügels wider die antiproletarischen Handlungen der Führer immer wieder ohne erheblichen Schaden hinweggeholfen hat. Im Kampfe ums Dasein müssen bekanntlich gewisse Arten mitunter eine *Nid e n t i d i u g* durchmachen, um dem ungünstigen Willen widerstehen zu können. Eine solche Rückentwicklung scheint mir für die historische Viertelstunde der ministerielle Sozialismus darzustellen.

Der anpassungsfähige Bloc-Sozialismus schadet aber dem proletarischen Sozialismus nicht nur unmittelbar, indem er zu seinem eigenen Vorteil das Rekrutierungsgebiet des letzteren verengert, sondern auch mittelbar durch die Ableitung revolutionär gesinneter Proletarier von jeder politischen Tätigkeit überhaupt. Niemand kann füglich bestreiten, daß die antipolitische, mehr oder minder anarchische Strömung unter den revolutionären Gewerkschaften ihre Entfaltung in der Hauptfache eben dem ministeriellen Sozialismus verdankt, dessen Taktik das proletarische Empfinden organisiert und organisationsfähiger Arbeiter aufs tiefste verleben muß. Das ist eine Tatsache, die von den linksstehenden Mitgliedern der Jaurèsistischen Partei selbst wiederholt betont wurde.

Immerhin kann die P. S. de F. zur Zeit ihr Rekrutierungsgebiet erweitern und vor allem unter dem linken Flügel der Gewerkschaftler, selbstverständlich in Belämpfung der anarchischen Tendenzen mancher seiner Wortführer. Dem Zwecke der Annäherung mit den revolutionären Gewerkschaften, mit denen übrigens die Partei durch ihre Mitglieder bereits vielfach in Fühlung steht, dient der auf die Tagesordnung des Viller Kongresses geleichte Punkt: „Ueber die Beziehungen zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats.“ Das ist der wichtigste Beratungsgegenstand. Von der glücklichen Lösung dieses Problems hängt die nächste Entwicklung der Partei ab, solange ihr der Weg zu den rückständigen Schichten des Proletariats durch die derzeitige allgemeine Situation mehr oder minder versperrt ist.

In Zusammenhang damit bezw. beim Punkt: „Internationaler Kongress zu Amsterdam“, dessen Tagesordnung durchgehend in Ville zur Vorberatung kommt, wird die Frage des *Generalireis* behandelt werden, die bereits auf dem vorjährigen Kongress in Reims angeschnitten wurde.

Hervorzuheben ist ferner die gleichfalls in Reims angeschnittene Unterrichtsfrage. Seither haben die Parteigruppen in einer Enquete zu dieser Frage Stellung genommen. Es handelt sich um einen Beschluß über das Staatsmonopol in Bezug auf die Primarschule. In Reims kam es hierüber zu einer Debatte hauptsächlich zwischen Guesde und Lafargue auf der einen Seite und Bailant auf der andern. Bailant trat unter gewissen Bedingungen für das Schulmonopol des Staates ein, Guesde und Lafargue lehnten es strikte ab, wobei sich Guesde auf die Prinzipienklärung der Partei von Jure berief, die dem Bourgeoisstaat jegliche Herrschaftsmittel verweigert.

Gelegentlich des Berichts der Kammerfraktion mag es noch vielleicht zu einigen Kritiken wider ihre Haltung kommen, wider gewisse Abstimmungen oder Stimmhaltungen derselben zu Gunsten des Ministeriums Combes. Darauf deuten wohl die Schlusßsätze des Sekretariatsberichts zum Parteitag hin: „Unter dem allgemeinen Gesichtspunkt wäre zu wünschen, daß die Partei noch schärfer als sie es getan hat, den spezifischen Massencharakter der Partei, ihren Charakter als einer Oppositions- und Revolutionspartei hervorhebt hätte. Auf diesem Wege kann sie nicht verlieren. Vielleicht würde dadurch höchstens die Wahlsituation gewisser Parteimitglieder erschlüsselt werden, aber auch das ist nicht einmal gewiß. Dagegen würde so die Partei den Vorteil einer innigeren und dauerhafteren Fühlung mit der Gesamtheit der zielbewussten Elemente der Arbeiterklasse gewinnen. Sie würde so gewinnen die Eingliederung in ihre Reihen aller proletarischen Kämpfer, die heute sich in abseits geführten Schlächten verirren, und zwar gerade deshalb, weil ihnen die Partei nicht als das erscheint, was sie ihrem Wesen nach ist, was sie immer mehr und mehr sein muß, die revolutionäre Partei ihrer Klasse, die alle Waffen und die allernötigste Waffe, die politische Waffe benutzt zum Zwecke der beschleunigten und endgültigen Befreiung der Welt der Arbeit.“

Ueber die innere Lage der Partei setzen dem Sekretariatsbericht folgende Angaben ein. Einleitend streift der Bericht die ungünstigen äußeren Bedingungen, unter denen die Partei zu wirken hat. Dessenungeachtet habe sie ihre Positionen und ihren spezifischen Charakter beibehalten, ist sie den zahlreichen Faktoren, die auf ihre Verfassung und Auflösung hinarbeiten, widerstanden. Ein Beweis, daß alle Bestandteile der Partei sich auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt hätten.

Der Bericht erstreckt sich nur auf zehn Monate, da der Parteitag mit Rücksicht auf den Amsterdamer Kongress zwei Monate vor dem normalen Datum einberufen wurde. Trotzdem zeigt die Tätigkeit des Centralrates einen stärkeren Umfang als im Vorjahre. Der Centralrat beteiligte sich an 189 Volksversammlungen anstatt bloß 120 im Vorjahre, abgesehen von den im Berichtsjahre besonders zahlreich gewesen Wahlversammlungen (Gemeinde- und Departementswahlen), die auf mehr als 1000 sich beziffern. Die



Agitation mülte aber noch viel intensiver sein, um allen Forderungen gerecht zu werden. Der Bericht regt zu diesem Zwecke an eine engere Mitwirkung der Föderationen unter einander und mit dem Centralrat, die Organisation von Agitationstouren und die Anstellung eines oder zweier ständiger Agitatoren, die dem Centralrat stets zur Verfügung stehen müßten.

Die Gemeinde wahlen vom Mai 1. J. haben einen Verlust von 8 und einen Gewinn von 25 Gemeinderäten gebracht, also einen Reingewinn von 17 Gemeinden. Freilich sind die Verluste, darunter Bille, Montfoucon und Bourges, qualitativ so empfindlich, daß die zahlreichen Gewinne, die sich meist auf kleine industrielle und ländliche Orte erstrecken, sie nicht aufzuwiegen vermögen. Der Bericht erklärt aber, meines Erachtens allzu optimistisch, in dem bloßen quantitativen Resultat den besten Beweis für die Ausdehnungskraft der Partei. Die Wahlen von Montfoucon sind übrigens wegen Korruptionsmanöver der beurlaubten reaktionären Sieger kassiert worden.

Die Generalrats wahlen vom 31. Juli haben im ersten Wahlgang, der zur Stunde allein stattgefunden hat, die Wiederwahl des Abg. Constand in Montfoucon, je einen neuen Sitz in Bourges und in La Tour de France (Ost-Pyrenäen) gebracht. Dazu kommen die Ende Mai in Paris und Umgebung in den Generalrat gewählten 5 Parteimitglieder, darunter ein neuer Sitz in Troy. In den Stichwahlen ist noch auf drei Mandate zu rechnen. Die Stimmenzahl in den 110 Kantonen (einschließlich Paris), in denen die Partei Kandidaten hatte, beträgt 110 bis 130 000.

Die Zahl der Föderationen ist von 38 auf 45 gestiegen, von denen 1/2 in voller Leistungsfähigkeit wirken.

Die Zahl der eingetragenen Parteimitglieder ist seit dem Vorjahre von etwa 15 000 auf etwa 17 000 gestiegen, wie das aus dem Vertriebe der Mitgliedsarten ersichtlich ist.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. August.

### Militärische Ausführt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ will über die Pläne zur Heeres- und Marinevermehrung folgendes erfahren haben:

Die neue Heeresvorlage soll dem Reichstage zugleich mit dem Etat zugehen, so war es wenigstens vor einigen Wochen beabsichtigt. Der Etat aber dürfte Anfang Dezember oder gleich bei dem Zusammentritte des Reichstages vorgelegt werden. Es ist sonach anzunehmen, daß man sich über den wesentlichen Inhalt der neuen Heeresvorlage innerhalb der zuständigen Stellen des Bundesrats geeinigt hat. Das entspricht auch unsere Informationen, die überdies dahin gehen, daß die Verhärtungen sich in verhältnismäßig beschiedenen Grenzen halten werden. Wie man uns ferner berichtet, ist, wenn auch nicht mit voller, so doch mit einiger Sicherheit darauf zu rechnen, daß der Reichstag sich im nächsten Frühjahre mit einer Ergänzung des bestehenden Flottengesetzes befassen wird. Von welcher Art diese Ergänzung sei, das steht noch nicht fest, so daß ein Urteil über Notwendigkeit und Zweckmhigkeit unmöglich ist.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hrt sich auch bereits schon in der Melodie, welche die militaristischen Parteien zum Text der Militar- und Marinevorlagen foren werden:

„Bei den jetzigen Verhältnissen wäre es gewissenslos sein, dem Reiche das zu verweigern, dessen es zu seiner Sicherheit unbedingt bedarf. Man wird aber drei Gesichtspunkte niemals aus den Augen lassen dürfen: 1. Das Deutsche Reich muß stets seinen Hauptstrkepunkt auf das Landheer legen, da Deutschlands Zukunft nicht auf dem Meere, sondern auf dem Lande entschieden wird. 2. Die unbedingte Notwendigkeit aller Mehrforderungen muß überzeugend nachgewiesen werden. 3. Alle Bewhigungen haben ihre gegebene Grenze an der Leistungsfähigkeit des Volks. Die Hebung dieser Leistungsfähigkeit ist deshalb die unerlässliche Vorbedingung der Wehrhaftigkeit und Sicherheit des Reiches.“

Die agrarische Note macht die alte Melodie weder neu noch langweilig.

Die „Kath. Korz.“ hat es jedoch anders gehört als das agrarische Blatt:

„Ob dem Reichstage bereits in seinem nächsten Tagungsabschnitt Anträge zur Forderung der Wehrkraft Deutschlands zur See gemacht werden, steht aus zwei Gründen zur Zeit noch nicht fest. Zunächst läßt sich noch nicht vollständig übersehen, welchen Umfang die Forderungen für die Verstärkung der Wehr zu Lande gewinnen werden; außerdem aber wird für die Art der Geltendmachung weiterer Forderungen auf dem Gebiete der Ausgestaltung unserer Wehr zur See bis zu einem gewissen Grade maßgebend sein, inwieweit die einzelnen Nationen aus den neuesten Kriegsvorgngen Erfahrungen zu ziehen für richtig halten.“

Jedenfalls werden Militarismus und Marinismus und dazu Kolonial- sowie Weltpolitik bald und viel fordern! Sobald erst der Wuchertarif die Reichsfinanzen einigermaßen bessert, verlangt Mosch seine Nahrung.

### Mirbach ohne Ende.

Zwar scheint nichts zu genügen, um einen Oberhofmeister von den Verdiensten des Freiherrn v. Mirbach in den Ruhestand zu setzen, aber für den Betrachter heutiger Kulturzustnde bleibt es von hohem Interesse zu erkennen, ein wie großes Conto ein Oberhofmeister ertragen kann. Die neuerdings veröffentlichte Angelegenheit des Prinzen Sahn-Wittgenstein wird in der Dortmund-„Tremonia“ durch neue Mitteilungen ergänzt. Das dem Centrum angehörige Blatt erzählt:

Die vom „Leipziger Tageblatt“ aufgerollte zweite Mirbach-Affaire, so wird uns von informierter Seite geschrieben, ist für uns Dortmund nichts Neues. Die Sache spielte seit Jahren am Dortmunder Landgerichte, wo sie an der Zivilkammer öffentlich verhandelt und dadurch einem großen Kreise des Dortmunder Pblikums bekannt geworden ist. Wir können zur Sache noch folgendes mitteilen: Vor mehreren Jahren klagte der damals in einem Düsseldorfer Kavallerie-Regiment als Lieutenant stehende zweite Sohn des Grafen v. Hohenlohe (früheren Prinzen Sahn-Wittgenstein-Sahn) Prinz Frih von Sahn-Wittgenstein-Sahn durch Rechtsanwalt Stod gegen 1. den Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin Freiherrn v. Mirbach; 2. den früheren fürstlich Hrtensbergischen Domnialrat, jetzigen Staatsminister von Sachsen-Koburg-Gotha, v. Hentig; 3. den Freiherrn v. Hene auf Rechnungslegung und Ausdeutung des von ihnen verwalteten Vermögens. Die Sache kam vor dem Landgericht Dortmund und zur Verhandlung, weil Vormundschaftsgerichte für die Angehörigen der früheren reichsunmittelbaren Adelsfamilien die Oberlandesgerichte sind. Im vorliegenden Falle war Vormundschaftsgericht der 5. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamm. In Hamm war also die Rechnung zu legen. Nach erlangter Grohjdrftigkeit hatte der Prinz Friedrich zunächst in Grte von den ihm bestellten Pfliegern Rechnungslegung und Ausdeutung des Vermögens verlangt. Die Pflieger weigerten sich mit der Begründung, daß sie keine Rechnung legen könnten, da sie sich nicht mit der Vermögensverwaltung befafit hätten, trotzdem sie gerade zu diesem Zweck bestellt worden waren. In erster Instanz nach dem Klageantrag verurteilt, legten die Pflieger Berufung beim Oberlandesgericht Hamm ein. Während diese schwebte, suchte man den noch sehr jugendlichen Prinzen auf alle mögliche Weise zu veranlassen, die unbeanstandete Klage zurückzuziehen. Auch der Prinz hatte schon früher durch seinen Onkel, den früheren Reichskanzler Frst Hohenlohe, eine göttliche Regelung der Sache versucht. Hohenlohe erklärte aber, nichts gegen v. Mirbach machen zu können. Einmal Tages erhielt nun der in Düsseldorf stehende Prinz den dienstlichen Befehl, sich im Militarministerium seiner Majestät in Berlin zu melden. Hier wurde ihm bedeuget, daß er zu einem Hotel in Berlin zu gehen und dort sich mit den Pfliegern zu einigen habe. Der Prinz unterschrieb

denn auch aus Furcht, Schwierigkeiten in seiner militarischen Laufbahn zu haben und nach den bekannten Versprechungen v. Mirbachs (der Prinz war damals mit einer bürgerlichen Dame aus Krn verlobt), sowie in der Hoffnung, dann sofort sein Vermögen zu erhalten, einen Nevers, daß ihm Rechnung gelegt sei. Da aber weder die Rechnungslegung, noch die Herausgabe des Vermögens erfolgte, noch auch seitens v. Mirbachs irgend etwas geschah, um die Zusage, daß die zukünftige Gemahlin des Prinzen den Titel Prinzessin führen dürfte, zu verwirklichen, so war der Prinz gezwungen, Zwangsvollstreckungs-Maßregeln zu ergreifen. Er erwirkte zunächst die Rechtskraft des Urteils des Landgerichts Dortmund und stellte dann beim Landgericht Dortmund den Antrag, die Pflieger bei Festsetzung einer Strafe von 1500 M. zur Rechnungslegung anzuhalten. Gegen diese Zwangsvollstreckungsmaßregel klagten nun wieder die Pflieger mit der Begründung, daß der Prinz rechtskräftig auf Rechnungslegung verzhrt habe. Mit dieser Klage wurden die Pflieger durch drei Instanzen rechtskräftig abgewiesen, zuletzt Ende Juli durch das Reichsgericht. Danach besteht also das erste Urteil des Landgerichts Dortmund zu Recht, und man darf gespannt sein, ob die Pflieger jetzt dem Urteil nachkommen oder es auf die Straffestsetzung ankommen lassen werden. Das ist der Sachverhalt, wie er sich aus den Akten des Dortmunder Landgerichts ergibt.

Da erregen sich allerlei Kltter, daß Freiherr v. Mirbach trotz alledem und alledem aus der Oberhofmeisterei nicht weiche. Und doch hat selbst der Reichskanzler Frst Hohenlohe, als er das Recht eines nahen Verwandten vertreten wollte, nichts gegen den Freiherrn v. Mirbach auszurichten vermocht. Man behauptet, daß die Monarchialisten, welche die vorhergehenden Whlungen der Mirbachade auf die „guten Gesinnungen“ schwer bestritten, nur noch auf die Rückkehr des Kaisers hoffen! Er soll die Säuberung vollbringen, für die keine öffentliche Meinung und kein Kanzler stark genug ist.

Nach der Darstellung der „Tremonia“ stand dem Freiherrn v. Mirbach auch das Militarministerium und seine unwiderstehliche Macht über die Carriere der Offiziere zur Verfügung. Da ein prinzipieller Lieutenant mit dem Oberhofmeister einen Rechtsstreit hat, bestellt man ihn in das Militarministerium, als gelte es dienstliche Angelegenheiten, und nötigt ihn sankt zum Verzicht auf Ansprüche, von deren Berechtigung er durchdrungen ist.

Das Buch Mirbach ist unerlässlich.

Der deutsch-russische Handelsvertrag hat begreiflicherweise bei den Konservativen wie beim Centrum helle Freude geweckt, die sich in den vorerlhsten Sprüngen ausloßt. Selbstverständlich darf dabei der große Vintarlist Dr. Otto Brendt nicht fehlen, und ebenso selbstverständlich ist, daß er die Leistungen der anderen an ungewisssamer Komit noch berdietet. In einem Artikel des „Tag“ verkündet er, daß der deutsch-russische Handelsvertrag einen „Wendepunkt“ unserer ganzen inneren Politik bedeutet. Zunächst spricht er zwar noch von einer „sachlichen Prüfung“ der Zustndnisse an Ausland, besonders der Viehzucht-Ermhigungen und der Abschwächung der veterinärpolizeilichen Maßregeln; aber dann geht es mit Lch-Lch-Geschwindigkeit ins lustige Land der Phantasie:

„Sind die Handelsverträge angenommen und der Zolltarif durchgeführt, so schließen sich daran zwei gleichwichtige politische Folgegerungen. Einmal wird das „Brotwundergeheim“ seine praktische Widerlegung finden und dadurch die Parteien, welche es zum Whlerfang ausnutzen, bloßstellen — und dann wird der Gegensatz der bürgerlichen Kreise in Stadt und Land die Schrfe verlieren, die er leider in der Hitze des Kampfes um die Zollfragen vielfach angenommen hatte. Das „Lieber ein Socialdemokrat als ein Agrarier“ wird ebenso aufhören wie das „Lieber ein Vintarlist als ein Wismarschlandwirt“ — diese ungeliebte Verblendung, welche haben und drängen Interesselagen vor allen großen nationalen Lebensfragen in den Vordergrund drängten, hat die Reichstagswahlen der letzten Jahrzehnte nur zu sehr beeinflußt. Schreiben mit der Durchführung der Handelsverträge die großen Interesselagen, die sich um Freihandel und Schutzzoll gruppieren, aus der praktischen Politik für geraume Zeit aus, so entschwindet ein Haupttrennungsgrund aus dem Parteileben, und es können statt dessen die großen, einigenden, nationalen Fragen in den politischen Vordergrund rücken. Damit öffnet sich eine erfreuliche Aussicht auf eine Aenderung der Zusammenfassung des Reichstages.“

Dem Moniteur des Bundes der Landwirte, der „Deutschen Tageszeitung“, ist diese kndliche Kombinationsleistung unheimlich. Antikaristische Gründen will sie das alte Gerede aufrecht erhalten wissen, daß der neue Vertrag in keiner Weise den Erwartungen der Agrarier entspricht und wieder mal die heiligen Rechte der Landwirtschaft hinter den Wünschen der Industrie hätten zurückstehen müssen. So erteilt sie denn dem Herrn Brendt eine derbe Rüge über seinen unangebrachten „Optimismus“. „Ob es tatsächlich „Kug“ ist“, meint sie, „solche optimistische Gedanken in die Erörterung zu werfen, mag dahingestellt bleiben. Sicher ist es besser und zweckmhiger, fhles Wut zu bewahren und zunächst abzuwarten, wie die Handelsverträge, von denen man sich so unendlich viel verspricht, thatsächlich ausfallen.“

Gleichen wirft sie, um zu zeigen, wie viel es noch zu fordern giebt, in einer zweiten Koziz die alte Frage auf: Wie steht's mit den Meißbegntigungs-Verträgen? Es müsse, erklärt sie, doch als selbstverständlich gelten, daß die bestehenden Meißbegntigungsvertrge, soweit sie nicht überhaupt unzulässig seien, httestens ein Jahr vor dem beabsichtigten Inkrafttreten des Zolltarifs und der neuen Tarifverträge gekündigt würden. „Man hat auch wenig und nichts Sicheres darüber gehört, daß mit den Meißbegntigungsstaaten Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen eingeleitet worden seien. Daß die bisherigen Meißbegntigungsvertrge nicht ohne weiteres fortbestehen könnten, liegt an der Hand. Der Reichstag wird, meines Erachtens, wenn bis dahin nichts geschehen sollte, eine seiner ersten Sitzungen dazu benutzen müssen, um die Regierung über ihre Absichten betreffs der Meißbegntigungsvertrge zu befragen.“

Warum auch so leicht das Bundes-Schreirezept preisgeben?

„Post“-Abel betreibt nun sein Demagogentum gegen den Professor Delbrück, weil er die Adnigsberger Schande eine Schande genannt und weil er das Attentat auf Bismarck aus den verzweifelt russischen Zuständen zu erklären versuchte. „Post“-Abel bezhligt Herrn Delbrück der Anreizung zu Attentaten auch in Deutschland:

„Was für eine Begriffsverwirrung muß in den Köpfen der Schüler entstehen, wenn ein Lehrer ungeschndt den Grundlag ausprechen darf, daß, wenn der Despotismus schlechthin unerträglich geworden ist, als letztes und ußerstes Heilmittel, das Menschentum zu retten, der Mord erscheint! Hat denn bei dieser Auffassung eine bestimmte Gruppe von Deutschen nicht die Berechtigung, von ihrem Standpunkt aus die Mordversuche auf den Kaiser Wilhelm und den Fürsten Bismarck als erlaubt anzuerkennen? Der Herr Professor könnte in eine peinliche Lage veretzt werden, wenn einer seiner Hssensbewhrtigen oder jeuitisch erzogenen Schüler ihn mit seinen eignen Waffen schlge.“

„Post“-Abel schont auch den Professor nicht, der die Staatskunst des Grafen Bismarck berwrtiglich feiert. Er wird denunziert, daß aus seiner Lehre Attentate auf deutsche Kaiser und Staatsmänner gefolgert werden könnten. In Wahrheit benutzt Professor Delbrück Urteil über die russischen Zustände gerade in der eindringlichen Darlegung, daß Ausland tief unter der westeuropäischen Kultur steht und daher mit völlig andern Maße gemessen werden muß. Delbrück sagt das Gegenteil von dem, dessen „Post“-Abel ihn denunziert. Selbst in Russland ist „Post“-Abel würdig des Preises für Demagogien vermittelst Fälschung und Betrug.

Zu den Wahrscheinlichkeiten hat nun endlich die „Germania“ von Dr. Spahn selbst Erklärungen eingegeben. Die

„Germania“ erklärt erfahren zu haben, daß weder Dr. Spahn noch irgend ein anderes Mitglied der Centramfraktionen an einer Besprechung über Abänderung des Reichstags-Wahlrechts teilgenommen hat, ja daß in den Kreisen der Centramsfhrer überhaupt von einer derartigen Konferenz nicht das geringste bekannt ist.

Die Teilnahme Dr. Spahns hatten wir nicht behauptet. Wir hatten die Centramspresse aufgefordert, bei Dr. Spahn Erklärungen einzuziehen, weil wir benachrichtigt worden sind, daß die konservativen Parteien sich an ihn mit der Anfrage gewendet haben, wie er sich zu ihren Plänen stelle. Wenn die „Germania“ erklärt, daß Dr. Spahn keinerlei Kenntnis von jenen Plänen erhalten hat und daß das Centrum keinerlei Neigung für sie habe, so wiederholen wir, was wir jüngst ausgesprochen, daß das Centrum, indem es dem Drängen der konservativen Realisationsparteien widersteht, sich das politische Verdienst erringen kann, das Deutsche Reich vor schweren Erschütterungen zu bewahren, Erschütterungen, die allerdings die Socialdemokratie am wenigsten zu scheuen hätte.

Es war von erheblicher Wichtigkeit, möglichste Klarheit zu schaffen, wie weit die Forderungen der Wahrscheinlichkeitsgegner sind. Die konservative Reaktion ist völlig entschlossen, den ersten günstigen Augenblick zur Ausführung ihrer Absichten zu ergreifen. Sie dreht auf eine Gelegenheit, die Socialdemokratie irgendwie zu provozieren, um die Mittelparteien mitzureißen und den Kardors-Bund der Gewaltthätigkeit zu erneuern. Wenn das Centrum sich diesen Versuchungen verweigert — um so besser!

Eine parlamentarische Doktorfrage. Der antifemistische Bauernbndler Adhler-Langsdorf, Mitglied des heftigsten Landtags, hrte, wie uns aus Heffen geschrieben wird, vor einigen Monaten Altweibergerichthr über das „brutale Vorgehen“ eines Staatsanwalts, eines Kreisphysikus und eines Untersuchungsrichters gegen über einem „unschuldigen“ Mädchen, das einen Kindesmord begangen haben sollte. Der Kreisphysikus sollte auf Veranlassung des Staatsanwalts resp. des Untersuchungsrichters das Mädchen einer gewissermaßen gewaltsamen Untersuchung unterzogen haben, die das unzulängliche Ergebnis gezeitigt hätte: das Mädchen hat geboren. Ein Arzt, der das Mädchen dann auf Veranlassung der Eltern des letzteren untersuchte, fand denn auch, daß das Mädchen nicht geboren habe. Nun fand für den Abg. Adhler die Schuld des Staatsanwalts, des Kreisphysikus, des Untersuchungsrichters usw., die das unschuldige Mädchen beleidigt hatten, fest. Flugs setzte er sich hin, verfaßte in dem ihm eignen liebenswürdigen Stil eine schneidige Interpellation, in der er die Regierung aufzuforderte, den oben genannten Staatsbeamten Mores zu lehren. Aber Herr Adhler ging dabei recht eigenartig vor. Er ließ die Interpellation, nach seiner Angabe, bei dem Herausgeber der „Hungenen Landpost“ drucken und reichte dann ein Exemplar davon bei der Kammer ein. Am Tage nach der Einreichung erstatteten dann die Interpellation in der „Hungenen Landpost“, Staatsanwalt, Physikus usw. fhltten sich beleidigt und stellten Strafantrag gegen Adhler und den Zeitungsverleger in Hungen. Nebenbei sei bemerkt, daß das unschuldige Mädchen, das von dem Dorfarzt als Jungfrau erlrnt worden war, inzwischen eingestanden hatte, geboren und das Kind getötet zu haben! Adhler bestritt nun der Staatsanwaltschaft das Recht, wider ihn ein Strafverfahren einzuleiten zu können. Die Interpellation, die er als Abgeordneter eingereicht habe, bleibe unter allen Umständen straflos. In der „Hungenen Landpost“ aber sei der Nachdruck erst erfolgt, nachdem die Interpellation bei der Kammer (einen Tag zuvor) eingegangen sei. Die Hungenen Zeitung habe lediglich nachgedruckt, was gesetzlich erlaubt sei: einen Bestandteil der Verhandlungen der Kammer. Staatsanwaltschaft und Gericht haben sich nicht auf diesen Standpunkt gestellt und Termin vor der Hungenen Strafkammer anberaunt. Der Abg. Adhler erschien nicht, der Antrag auf Verhaftung wurde abgelehnt und gegen den Zeitungsverleger allein verhandelt. Er wurde zu 500 M. Geldstrafe verurteilt, der Antrag, auf Gefängnis zu erkennen, wurde abgelehnt, da Adhler der schuldige Teil sei. Ob sich der Verurteilte mit den 500 M. zufrieden geben wird, ist bisher nicht bekannt. Tagegen wird sich der Landtag auf Grund einer von Freunden Adhlers eingebrachten Interpellation mit der Frage zu beschäftigen haben, ob die in Hungen gedruckte Adhlersche Interpellation bereits zu einem „Bestandteile der Kammerverhandlungen“ geworden war, als sie in der „Hungenen Landpost“ erschien.

Scherl-Schwamm. Aus Halle wird berichtet, daß die Firma August Scherl dort als Redaktion und Verlag des Neuen Pstischen Adressbuchs auftritt und anzeigt, die beiden bisher dafelst erschienenen Adressbücher werden infolge göttlichen Uebereinkommens mit dem vorliegenden Jahrgange ihr Erscheinen einstellen. Ende dieses Jahres wird für 1905 ein einziges von Scherl herausgegebenes Neues Adressbuch von Halle erscheinen. Die Verleger der bisherigen Adressbücher haben für Einstellung ihrer Ausgaben eine Abfindung von, wie verlautet, 90 000 M. erhalten. Der Scherl-Schwamm vollbringt den Aufzungsprozess der Mittelbetriebe im Unghrdruckgewerbe in unheimlichen Zigen.

### Verlustliste aus Südwestafrika.

Aus Oshandja wird unter dem 6. August berichtet: In dem bereits gemeldeten Gefecht bei Dlatetei 2. August von 2. Compagnie Regiment 2 schwer verwundet: Oskar Stiwichirdt aus Dadrigen, Kreis Gotha, Cuersich durch den linken Oberschenkel; leicht verwundet: Sanittsunteroffizier Kilian aus Königs-hofen, Kreis Schweinfurt, Streiffach an beiden Unterschenkeln; Arthur Bergau aus Kolberg, Kreis Kolberg, Streiffach an Kopf; Reiter Wladislaus Sworski aus Bromberg, Streiffach an linker Hand. Auf Patronille Ledonas von Omatjatjewa nach Oshwarango 4. August verwundet: Unteroffizier Lax aus Oshwarango, Reichthaus am Hals, Grefreiter Hofmann aus Anstadt, früher Quier in Stendal, Schu durch rechten Fuß, Reiter Wersch, geboren 30. 3. 83 Grohkirchen, Kreis Lben, Preußen, früher Leibfhrer Breslau, 2/8, an Typhus in Oshwarango gestorben; Reiter Landsmann, geboren 5. 4. 81 in Kerschwan, Kreis Cham, Oberpfalz, früher Feldartillerie-Regiment 33 Reg., am 3. 8. in Oshwarango gestorben.

### Ausland.

#### Schweiz.

##### Eine Zurückweisung der Reaktion.

St. Gallen, 7. August. (Eig. Ber.) Die bessere Bildung des Volkes und daher auch die bessere Bildung der Volksschullehrer ist den kerikalen Finsternissen überall ein Dorn im Auge, so auch in der Schweiz, wo äußerst charakteristischweise auf dem Gebiete der Volksschule in jeder Beziehung die katholischen Kantone in letzter Linie stehen. Im Kanton St. Gallen hat diese kerikale Reaktion am letzten Sonntag eine sehr erfreuliche Niederlage erlitten. Der Kantonsrat hatte mit allen gegen nur zwei Stimmen ein Gesetz betreffend die Verwendung der vom Bundes gewährten Volksschulsubvention von 150 000 Fr. beschlossen, wonach davon 80 000 Fr. für sociale Zwecke (Ernährung und Bekleidung von Schulkindern, Schaffung von Missionen und Ferienkolonien), ebensoviel an die Anzegehorte der Lehrer, 15 000 Fr. für Erhöhung der Lehrerbefoldungen, 12 000 Fr. zur Förderung der obligatorischen Fortbildungsschulen, 11 000 Fr. zur Einfhrung eines vierten Jahreslaufes am Lehrerseminar und 52 000 Fr. an den Bau und Umbau von Schulhäusern verwendet werden sollten. Die meisten kerikalen Vertreter im Kantonsrat hatten gemeinsam mit den übrigen Parteien für das Gesetz gestimmt, aber draußen im Lande gefiel den Geheulren und Genossen vor allem der vierte Seminarlauf zur Erhbung der Bildung der Volksschullehrer nicht und so sammelten sie unter



Schriften, um das Gesetz zur Volksabstimmung und Verwerfung zu bringen. Von 52 000 Stimmberechtigten gaben nur 4900 ihre Unterschriften her, und am Sonntag ist das Gesetz in der Volksabstimmung mit 24 866 gegen 14 006 Stimmen angenommen und so den Forderungen die wohlverdiente Niederlage bereitet worden. Handelt es sich dabei auch um keine große weltgeschichtliche Angelegenheit, so ist der Sieg des Fortschritts über die Reaktion, die entschiedene Hochhaltung der Volksschulbildung durch die große Volksmehrheit doch ein hocherfreulicher Erfolg.

### England.

London, 9. August. Unterhaus. Norman (liberal) fragt an, ob die deutsche Regierung bemüht sei, den Jungtingsee im Pangtsehal zur Vornahme von Marinemärschen von der chinesischen Regierung zu pachten. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Carl of Percy verneint diese Anfrage; die Regierung habe gehört, daß das Gerücht darüber unbegründet sei. Norman richtet darauf an die Regierung die weitere Anfrage, ob zwischen der englischen und der chinesischen Regierung Unterhandlungen über eine Abänderung der Bedingungen stattgefunden hätten, an die Englands Besitz von Weihaiwei geknüpft sei, und ob die englische Regierung beabsichtige, Weihaiwei käuflich oder in irgend einer andern Weise zu erhalten, falls die gegenwärtige Pacht sofort aufhöre. Carl of Percy beantwortet die erste Anfrage mit nein; was die zweite Anfrage anbetrifft, so könne er keine Mitteilungen über die Politik der Regierung unter hypothetischen Umständen machen.

### Rußland.

#### Vom Warschauer Kriegsgericht.

Die Verhandlungen in Sachen des Genossen Martin Kasprzak und Benedikt Gurymann sind am zweiten Verhandlungstage, wie bereits telegraphisch aus Warschau gemeldet wurde, auf unbestimmte Zeit, wahrscheinlich auf drei Monate, vertagt worden. Dieser Beschluß des Gerichts erfolgte auf Antrag der Verteidigung und nach einer ausführlichen Begründung ihrerseits, zugleich aber gemäß einer zustimmenden Meinung aus Petersburg, von wo aus der Prozeß eigentlich geleitet wird. Wie wir jetzt erfahren, ist auch die Ueberegabe der Sache Kasprzaks und Genossen an ein Feldkriegsgericht durch den Generalgouverneur Tschestow auf Grund eines speziellen Befehls des Zaren Nicolaus erfolgt. Da in diesem Falle, wie in allen politischen Prozessen, das Urteil im voraus von Petersburg aus diktiert und vor der Verhandlung gefällt ist, die Verhandlung selbst somit nur eine Komödie darstellt, so erscheint die Vertagung des Prozesses als eine Konzession der Regierung an die öffentliche Meinung. Man hält es im gegenwärtigen Augenblick nicht für richtig, die Bluttat zu vollstrecken.

Ueber den Verlauf des ersten Verhandlungstages schreibt man uns aus Warschau:

Die Verhandlungen des Feldkriegsgerichts finden im Gebäude der Verwaltung des Militärbezirks statt.

Den ersten Verhandlungstag füllte das Vorlesen der Anklageschrift und das Verhör eines Teiles der Zeugen aus. Die Anklageschrift ist ein sehr umfangreiches Dokument. Nach der Darstellung der Anklageschrift war der Vorgang am 27. April folgender: Des bewaffneten Widerstandes, bei dem vier Personen der Gendarmenrie und der Polizei bei der Ausübung des Dienstes getötet worden sind, werden beschuldigt die Mitglieder der Sozialdemokratischen Russisch-Polens und Litauens Martin Kasprzak, der sich für den preussischen Staatsangehörigen Christian Wilhelm Mayer ausgibt, und der Ingenieur, Technologe Benedikt Gurymann. Es ist bezeichnend, daß die Anklage nur besagt, Kasprzak gebe sich für einen preussischen Staatsangehörigen Mayer aus und erwähnt mit keiner Silbe, daß Kasprzak selbst deutscher Bürger ist. Das Gericht bescheidigt sich offenbar, diesen Umstand zu verschweigen und zu vertuschen. Am 27. April d. J., um 9 Uhr früh begab sich Kasprzak in die Wohnung des Schuhmachers Pawlak, wo sich die Geheimdrucker der Sozialdemokratie Russisch-Polens befand, und begann zu lesen. (Wemert sei, daß Kasprzak von Beruf Dackleder, schon vor Jahren die Schriftsetzerei einigermassen erlernt hat, um für die Partei im Notfall Flugblätter und dergleichen herstellen zu können.) Später erschien in der Drucker der Polytechniker Ladislaus Feinstein und gleich darauf auch der Ingenieur Gurymann. Feinstein verließ alshald wieder die Drucker und begab sich in die Stadt, wo er auch auf der Straße (nicht in der Drucker selbst, wie vielfach angenommen war) verhaftet wurde. In der Befragung, daß die in der Geheimdrucker befindlichen Sozialdemokraten irgendwie von der Verhaftung Feinsteins benachrichtigt und gewarnt werden möchten, wurden sofort der Mitteilnehmer Winnitsch mit einem Polizei-Agenten per Drohsche hingebracht, gleichzeitig begaben sich der Stabskapitän Orbanowski mit einem großen Detachement Polizisten nach demselben Ort zu Fuß. Winnitsch drang sofort mit dem Hausbesitzer in das Zimmer ein, wo Kasprzak gerade mit dem Segen beschäftigt war. Als beide eintrafen, deckte Kasprzak seine Arbeit mit einem Vogen Papier zu. Der Mitteilnehmer rief das Papier weg, worauf Kasprzak einen Schuß gab und Winnitsch fiel tot auf die Erde. In diesem Augenblick trat Orbanowski ins Zimmer, auch er fiel sofort, von Kasprzak tödlich getroffen. A. stürzt darauf in das Vorzimmer, hier gerät er aber zehn Polizisten in die Hände. Er giebt noch zwei Schüsse ab, wobei die Schulzeute Pysin und Zarasewitsch, tödlich verwundet, fallen, die übrigen aber die Flucht ergreifen, um sich im dritten Hof (das Haus hat drei Höfe) zu verbergen. Einer von den schuldigen Schützen, Bobiel, kehrt dann doch zurück und stürzt sich auf Kasprzak. Ringend fallen beide auf die Erde, der Schütze, ein Mann von herkulischer Kraft, zu oberst, den gefangenen Sozialdemokraten unter sich würgend. Kasprzak gelingt es jedoch, von unten noch einen Schuß zu geben und dem Schütze eine Hand zu verwunden. Dieser entzieht darauf Kasprzak den Revolver. A. packt ein in der Nähe liegendes Messer und besetzt sich von dem auf ihm liegenden Schütze, indem er ihm eine breite Wunde im Gesicht beibringt. (Nach der Behauptung Bobiels, auf den sich die Anklage stützt, war hier eben der Ingenieur Gurymann beigeprungen, indem er den Schütze am Kragen packte und Kasprzak die Flucht ermöglichte, was jedoch von beiden Angeklagten, wie bereits gesagt, rundweg verneint wird). Bobiel ergriff hierauf zum zweiten Mal die Flucht. Kasprzak rettete sich bis auf den Hinterhof des Hauses, wo er jedoch von den hier verborgenen Polizisten ergriffen und gefangen wurde. Gurymann lief umgekehrt auf die Straße und wurde hier am Eingang des Hauses festgenommen.

So sieht der Vorgang in dem trockenen Konzepte der Anklageschrift aus, die sich natürlich bemüht, die Treibjagd der mehr als zwei Duzend bewaffneter Polizisten und Gendarmen durch das ganze Haus und mehrere Höfe auf den einen Kasprzak möglichst günstig für die Polizei und belastend für ihr Opfer zu schildern. Bezeichnend ist dabei, daß, obwohl die bewegte Szene natürlich eine Menge Zuschauer aus der zahlreichen Bevölkerung des dreistöckigen Hauses herbeigeloht hatte, die Staatsanwaltschaft gar keine Verhaftungen finden konnte, als die Gendarmen und Polizisten. Nur der Hausmeister Dobrynski thut sich durch kriechende Dienstfertigkeit gegenüber der Anklage hervor.

Am zweiten Verhandlungstage wurden die weiteren Zeugen vernommen, worauf die Verteidigung ihren Vertagungsantrag ausführlich begründete. Der Gerichtshof zog sich zu einer kurzen Beratung zurück und erklärte dann seine Zustimmung zu dem Antrage.

Die Verhandlungen wurden unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt und Extramaßnahmen waren getroffen, damit ja nichts aus der Anklageschrift und der Zeugenvernehmung ins Publikum dringt. In den Gerichtssaal wurden nur zugelassen: die Frau Kasprzaks, die nächsten Verwandten Gurymanns und eine lokale Menge Gendarmen.

Die Sozialdemokratische Russisch-Polens hat aus Anlaß des Prozesses ein Flugblatt verbreitet, worin sie die fast zwanzigjährige revolutionäre Thätigkeit Kasprzaks in Warschau und in Polen schildert. Die von der Staatsanwaltschaft auch für den Ingenieur

Gurymann geforderte Todesstrafe macht namentlich in bürgerlichen Kreisen Aufsehen.

Es sei hervorgehoben, daß auch bei diesem Prozeß die „internationale Solidarität“ und die brüderliche Fühlung zwischen der Polowischen und der Plehowschen Polizei nicht versagt hat. Vor 6 Wochen hat der Posener Polizeirat Jaker, der sich ja im Auftritte des „inneren Feindes“ und auch in „suppeditierten“ Ueberlegungen verdächtiger Schriftstücke und Polizeideutsche bereits so rühmlich hervorgethan — siehe den Prozeß Zeitgeber und Genossen! — offenbar im Auftrage der russischen Staatsanwaltschaft Nachforschungen nach der Person des Genossen Kasprzak vorgenommen. Mehrere Bekannte Kasprzaks, auch sein Hauswirt, wurden auf die Polizei bemüht, wo ihnen einige Photographien und Handchriften vorgelegt und sie einem peinlichen Verhör unterzogen wurden, ob sie Martin Kasprzak darin erkennen. Die preussische Polizei leistet der zarischen Polizei bei der Treibjagd auf politische „Verbrecher“ in Rußland und zwar auf einen deutschen Reichsangehörigen willige Handlangerdienste! —

### Türkei.

Konstantinopel, 8. August. (Meldung des Wiener L. L. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) In den Kreisen der amerikanischen Gesandtschaft wird erklärt, daß, nachdem die bei dem Hilzbj und der Pforte unternommenen Schritte zur Lösung der schwedischen Fragen, ungeachtet zahlreicher Versprechungen, bisher ohne Ergebnis geblieben sind, nunmehr der amerikanische Gesandte Veishman die weitere Verfolgung der Angelegenheit eingestellt hat und seit Donnerstag die Frage zwischen der Pforte und dem Staatssekretär Hay direkt verhandelt wird.

Konstantinopel, 8. August. (Meldung des Wiener L. L. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die bereits signalisierte Antwort der Pforte bezüglich der Bemerkung der fremden Gendarmen-Offiziere und Zuteilung von Unteroffizieren ist den Vorkästen der Eustemächte zugegangen. Die Pforte macht darauf aufmerksam, daß die Vorkästen im März d. J. 25 Offiziere als Maximum erklärten, und daß eine Vermehrung dann auch von anderen Großmächten gefordert werden könnte. Die Pforte habe für das Gendarmen-Budget der drei Wilajets bereits 5 Millionen Frank festgelegt und könnte keine weiteren finanziellen Lasten tragen. Uebrigens seien 5 Offiziere für je eine Sandozsch genügend. Eventuell werde die Pforte noch die sechs belgischen und schwedisch-norwegischen Offiziere zuteilen. Di Giorgis und die anderen fremden Offiziere erkennen die Forderung an, welche die Pforte der Reorganisation angebeihen lasse, und daß sie, wenn auch der ursprüngliche Plan noch unerfüllt sei, keine Wünsche mache. Die Pforte bitte die Vorkästen, ihre Regierungen zu veranlassen, von der Forderung nach Vermehrung der fremden Gendarmen-Offiziere abzusehen. Mahgebende Kreise bezeichnen diese auf Befehl des Hilzbj verfasste Antwort der Pforte als vielfach unrichtig. Es scheint dies der letzte Versuch, die Offiziers-Vermehrung zu verhindern. Weitere Schritte werden sofort erfolgen, um die Pforte zu veranlassen, die von den beiden Militär-Adjoints als unbedingt notwendig beantragte Vermehrung der Gendarmen-Offiziere gut zu heißen.

### Afrika.

Kapstadt, 9. August. Dr. Jamieson, der Premierminister der Kapkolonie erucht das Neuterische Bureau, dem Gerücht entgegenzutreten, daß er den eingeborenen Kolonisten das Wahlrecht entziehen wolle.

### Vom Kriegsschauplatz

liegen auch heute nur wenig bedeutsame Mitteilungen vor. Von Liaujang ist keine einzige Meldung eingetroffen, dort herrscht die Stille vor dem Sturme. Dafür schildert eine ganze Reihe von Telegrammen die Ereignisse vor Port Arthur.

In diesen Telegrammen wird zwar mancherlei über die gute Stimmung der russischen Truppen und die großen Verluste der Japaner gemeldet, allein der Gesamteindruck ist doch der, daß die Japaner trotz alledem näher an Port Arthur herangerückt sind. Von den Zehntausenden von Japanern, die in den Gefechten gefallen sein sollen, ist übrigens in diesen heutigen Telegrammen keine Rede. Ebensovienig von einem japanischen Sturm auf die Festung. Vielmehr scheint es, als ob es die Japaner nur auf die Einnahme gewisser Fortifikationen abgesehen gehabt hätten, die ihnen augenscheinlich auch gelangt ist.

Die wichtigste, weil amtliche Meldung besagt:

Petersburg, 9. August. Telegramm des Generals Alexejew an den Kaiser vom 7. August: Generalkommandant Stössel meldet vom 27. Juli: Heute von 5 Uhr früh an eröffnete der Feind aus einer starken Batterie das Feuer gegen unsere ganze Front. Darauf ging er zu Angriffen auf der ganzen Front, besonders gegen den Berg Japilafu, 17 Werst von Port Arthur, über. Gegen 8 Uhr abends war der Feind mit ungeheuren Verlusten auf der ganzen Linie zurückgeschlagen. Ich bleibe in meinen Stellungen. Zwei Tage haben wir uns auf unseren vordersten Positionen gegen einen bedeutend stärkeren Feind gehalten.

Vom 30. Juli meldet Generalkommandant Stössel: Heute früh begannen die Japaner, ungefähr fünf Divisionen stark, den Angriff gegen unsere Stellungen auf den Wolfbergen, acht Werst von Port Arthur. In Anbetracht der großen Ueberlegenheit des Feindes und unserer schwachen Stellungen, erhielten unsere Truppen den Befehl, sich in keinen Kampf einzulassen, und sich auf die nächste Position zurückzuziehen. Der Rückzug wurde in vollkommener Ordnung ausgeführt, wobei die Artillerie zur Dedung desselben ein wirkungsvolles Feuer gegen den Feind eröffnete und seinen Angriff zum Stehen brachte. Unsere Verluste sind noch nicht festgestellt, aber jedenfalls gering; die Verluste der Japaner dagegen sehr bedeutend. Die Japaner verfügten in den Kämpfen am 28. und 27. Juli über ungefähr 70 000 Mann und eine bedeutende Anzahl von Belagerungsgeschützen. Die Stimmung der Truppen ist ausgezeichnet, der Gesundheitszustand ist gut.

Danach haben die Japaner in den Gefechten am 26. bis 28. Juli noch gegen Befestigungen gekämpft, die sich 17 Werst von Port Arthur befanden; am 30. Juli dagegen unternahmen sie einen erfolgreichen Angriff gegen die Wolfberge, die sich nur noch 8 Werst von Port Arthur befanden.

Ueber diese Kämpfe liegt ferner folgende Meldung vor:

Tschifu, 8. August. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Aus Port Arthur hier eingetroffene russische und chinesische Flüchtlinge, welche einen Teil der dreitägigen Schlacht sahen, bestätigen, daß dieselbe nicht ein Werk, sondern je nach dem Terrain 10 bzw. 15 Werst von den inneren Forts entfernt stattfand. Die Japaner seien damit beschäftigt, ihre Beschanzungen näher an die Festung heran zu legen, der Widerstand der Russen beschränkte sich darauf, die an den Schanzen arbeitenden Japaner durch Artillerie zu beschleßen. Auf dem Wolfshügel sollen jetzt 60 japanische Geschütze stehen. Ein Flüchtling, welcher dem Kampf am Wolfshügel beiwohnte, erzählt, derselbe sei von 4000 Russen verteidigt gewesen, welche auf die anstürmenden Japaner Felsblöcke hinabgerollt und hierdurch eine verheerendere Wirkung ausgeübt hätten, als durch ihr Geschützfeuer. Auch seien durch geschickte Legung und zur Explosion gebrachte Minen Felsstücke ein bis zwei Werst weit geschleudert worden. Durch solche Minen seien zwei japanische Schwadronen aufgerieben worden. Die Flüchtlinge bestätigen, daß die Verluste der Japaner bei den letzten Kämpfen sehr schwer waren, das Gelände unterhalb des Wolfshügels sei mit Leichen bedeckt gewesen. — Zwei französische Kriegsberichterstatter, welche verjühten, auf Schanzen nach Port Arthur zu gelangen, erzählen, sie hätten vor der Hafeneinfahrt 24 japanische Kriegsschiffe gesehen, die dort eine halbmondförmige Aufstellung genommen hätten.

Flüchtlinge aus Port Arthur, die die Festung am 8. August verlassen, wollen übrigens von einer Schlacht, wie sie nach Meldung der „Russischen Telegraphen-Agentur“ am 5. August stattgefunden haben soll — dabei sollten wieder einmal 10 000 Japaner ins Gras gebissen haben — nichts bemerkt haben. Es habe seit den dreitägigen Kämpfen vom 26.—28. Juli lediglich ein beiderseitiger Artilleriekampf stattgefunden.

Ein ferneres amtliches russisches Telegramm schildert Kämpfe, die vor Port Arthur zwischen der Port Arthur-Flotte und der Flotte des Admirals Togo stattgefunden haben sollen. Seltamerweise fehlt nur die Angabe des Tages, an dem das erste Flottengefecht stattgefunden haben soll. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Petersburg, 9. August. Telegramm des Generaladjutanten Alexejew aus Nulden vom 7. August an den Kaiser: Der Kommandant des Geschwaders von Port Arthur meldet unter dem 7. d. M.: Die zur Beschleunigung der feindlichen Positionen ausgehenden Kreuzer „Wajan“, „Asold“, „Pallada“, „Kowik“ und die Kanonenboote wurden von den feindlichen Schiffen „Tschin Jen“, „Jukuschima“, „Makuschima“, „Tschijoda“, zwei Kreuzern zweiter Klasse und 30 Torpedoboote angegriffen. Ein achillisches Geschloß vom Kreuzer „Wajan“ explodierte am Heck der „Jukuschima“, die aus der Schladordnung ausscheiden mußte, worauf alle feindlichen Schiffe wandten und ins offene Meer zurückzueilen. Dabei ließ der Kreuzer „Tschijoda“ auf eine unterer Verteidigungsminen und wurde led. Mit dem Vorderteil tief im Wasser fuhr er in der Richtung auf Takentwan ab. Durch einen Schuß der Batterie Nr. 22 wurde ein japanisches Kanonenboot getroffen. Am 27. Juli, als die Japaner einen allgemeinen Angriff zu Lande unternahmen, wurden zur Unterstützung des rechten Flügels auf Seiten des Generals Stössel die Schiffe „Wajan“, unter dem Breitwimpel des Kapitäns 1. Ranges Keigenstein, Kretschin, Pallada, Asold, das Kanonenboot Drowasch, unter der Flagge des Konter-Admirals Leschinski, Gremjatschki, Wikat, der Kreuzer Kowik und zwölf Torpedoboote ausgesandt. Unter fortwährendem Schießen einiger vorausfahrenden Schiffe gelangten sie nach Lungant an und beschoßen von dort die japanischen Stellungen bis 3 Uhr. Bei der mit denselben Vorsichtsmaßregeln unternommenen Rückfahrt auf die Reeden explodierte eine Mine unter einem Waggerdampf. Konter-Admiral Witschot hat am 30. Juli bei Port Arthur 5 Panzerschiffe, 4 gepanzerte Kreuzer, 10 andere Kreuzer und 48 Torpedoboote des Feindes gezählt.

London, 9. August. Die „Daily Telegraph“ aus Tschifu meldet, wird in der letzten dort aus Port Arthur eingetroffenen Zeitung eine Vorstadt des Kaisers Nicolaus veröffentlicht, in welcher es heißt: Ich hoffe, daß mein Volk, würdig der heiligsten Ueberlieferungen der russischen Rasse, Port Arthur mit Tapferkeit, Entschiedenheit und Treue verteidigen wird; ich rechne darauf, daß die Offiziere die Mannschaften ermahnen werden, die Fahne hochzuhalten auf diesem heiligen Teile Rußlands, der jetzt vom Mutterlande getrennt ist. Zu meinem Volke habe ich das Vertrauen, daß es die Soldaten unterstützen wird. Die Vorstadt wurde den Soldaten vorgelesen und von diesen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ebenso beifällig wurde ein Telegramm Auropatkins aufgenommen, das die Bevölkerung auffordert, sich gut zu halten, da er ihr vor August nicht Hilfe bringen könne.

Wymouth, 9. August. Lloyd's Meldung. Der Kapitän des heute hier von Kallutta eingetroffenen englischen Dampfers „Manora“ berichtet, daß er 25 Meilen südlich vom Kap Finisterre einen großen Kreuzer getroffen habe, der die russische Flagge und das Kriegsschiffswimpel führte und mit Kanonen ausgerüstet war. Der Kapitän ist der Ansicht, daß es augenscheinlich ein der vor kurzem von Rußland angelaufenen deutschen Schiffe gewesen sei. Der Kreuzer steuerte auf die „Manora“ zu und forderte sie durch Signale auf, die Flagge zu hissen. Als die „Manora“ dies gethan hatte, fuhr der Kreuzer weiter.

### Aus Industrie und Handel.

#### Regierung und Großindustrie.

Der Plan des Herrn Möller, die Hibernia-Gesellschaft zu verstaatlichen, hat die rheinischen Großindustriellen im höchsten Maße aufgebracht und die bisher zwischen ihnen und der Regierung vorhandene schöne Harmonie gleichgestimmter Seelen plötzlich zerrissen. Sie waren sich sonst gegenseitig so wohl geneigt. Die preussischen Minister lobten bei allen möglichen Gelegenheiten die Verdienste der großen Syndikate um das Ausblühen der deutschen Industrie und hielten jährlieh besorgt alles von dem Kartell fern, was deren Preispolitik stören konnte; die Großindustriellen und ihre finanziellen Partner aber waren andererseits wieder so sehr von der Geschäftstüchtigkeit der Minister sowie der geheimen und nicht geheimen Regierungsräte überzeugt, daß sie diesen, wenn sie aus den besonnenen Gesundheitsrücksichten ihre amtliche Thätigkeiten hatten einstellen müssen, mit Vorliebe Aufsichtsratsposten antrugen oder sie als Syndikatsleiter, Direktoren etc. in Dienst nahmen. Nun hat plötzlich die Verstaatlichungs-Idee des bisher nicht gerade als ideenreich geltenden Herrn Möller einen Konflikt heraufbeschworen. Als voll hat die lange Exzellenz den rheinischen Kohlen- und Hüttenbaronen nie gegolten. Was bedeutet das lumpige Hammerwort in Brackweide gegen die Riesentwerke der Haniel, Thyssen, Stinnes, Lueg usw. Immerhin war er nun mal Minister, und es konnte nichts schaden, dort in der Regierung jemand zu haben, der einer von den ihrigen war, wenn auch nur zweiter oder dritter Güte. Wie kann dieser Mensch aber nur sich gestatten, auf Verstaatlichungspläne zu verfallen? Das muß ihm eingeträumt werden!

Zuerst machte der Verein für die bergbauischen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund auf und erteilte der langen Exzellenz eine Rüge. Nun folgt die bekannte „Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“. In einer vorgestern in Düsseldorf abgehaltenen Sitzung nahm ihr Vorstand folgende Resolution an:

„Die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat gegen die beabsichtigte Verstaatlichung der Bergwerks-Aktiengesellschaft Hibernia, falls sie den ersten Schritt zur Verstaatlichung des Bergbaues überhaupt darstellt, auch vom Standpunkt der Eisen- und Stahlindustrie aus die schwersten Bedenken und tritt den in dieser Beziehung vom Verein für die bergbauischen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund am 6. August 1904 geltend gemachten Befürchtungen bei.“

Als Dritter wird sich, wie verlautet, das Kohlen-Syndikat mit einer Erklärung einstellen. Krmer Möller, bald dirfdest Du am Ende Deiner Ministerherrlichkeit stehen!

Regierung und Kohlsyndikat. Wie der mächtige Einfluß der Regierung auf die Preisbildung des Kohlenmarktes aussieht, von dem in der Revisionierung der Verstaatlichungs-offerte die Rede ist, zeigt die Antwort, die sich die Handelskammer zu Hildesburg auf eine Eingabe geholt hat. Die Handelskammer hatte sich an den Minister der öffentlichen Arbeiten mit der Bitte gewandt, Kollektions- sendungen in der Provinz dieselben tariflichen Vergünstigungen zu gewähren, welche das Rheinisch-westfälische Kohlsyndikat genießt. In der Eingabe wurde darauf hingewiesen, daß der industrielle Aufschwung des letzten Jahrzehnts im vorigen Jahrhundert einen stetig



Wachsenden Mangel an Schmelzblech brachte, dem für den Westen und Norden des Deutschen Reiches der hauptsächlichste Lieferant — das Rheinisch-Westfälische Stahlsyndikat — im Laufe der Hochkonjunktur nicht mehr genügen konnte. Es seien auf Anregung aus den Kreisen der Stahlverbraucher im Norden drei Kohlen- und Eisenerzwerke in Ostpreußen, Ost- und Westpreußen, Norddeutsche Kohlen- und Eisenerzwerke A. G. Hamburg, Schlesl. Holz- und Eisenerzwerke A. G. Rade am Kaiser Wilhelm-Kanal neu entstanden. Durch die bestehenden außerordentlich niedrigen Tarife würden aber diese erwähnten drei Kohlenwerke, deren Entzünden an den Hafenplätzen notwendig gewesen wäre, um den vorhandenen Mangel an Holz zu beseitigen, in ihrer Existenz bedroht.

Die Kammer erhielt vom Minister zunächst den Bescheid, daß die Eingabe der Königl. Eisenbahn-Direktion Altona zur geschäftsmäßigen Behandlung überwiesen sei und von dieser sodann eine abschlägige Antwort erteilt worden sei. In dieser wurde erklärt, daß für die Gewährung des Holzstofftarifs für die von den Seehäfen und den Umschlagplätzen zum Versand nach deutschen Städten gelangenden Brennstoffe ein Bedürfnis nicht anerkannt werden könne. Wegen dieser Maßnahme, die seinerzeit nur für einen begrenzten Zeitraum mit Rücksicht auf die damaligen außergewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnisse getroffen worden war, sprächen vielmehr gewichtige Bedenken, namentlich das, daß durch Tarifermäßigung die Einfuhr ausländischer Brennstoffe nach Deutschland begünstigt werden würde.

**Eisen- und Stahlwerke Hoesch, Aktiengesellschaft, Dortmund.** Nach den Mitteilungen in der Aufsichtsratsitzung verteilen die Werke diesmal 12 Proz. Dividende gegen 8 Proz. im Vorjahre — ein ganz respektablem Entbehrungslohn. Der Reingewinn beträgt nach bedeutenden Abschreibungen 2 758 378 M. (im vorigen Jahre 2 034 449 M.). Davon werden 350 000 M. (524 520) der Rücklage, 100 000 M. (75 000) der Beamtenversorgung, 75 000 M. (9) der Albert Hoesch-Stiftung und 25 000 M. der Arbeiterwitwen-Unterstützungskasse zugewiesen. Der nach Abzug der satzungsmäßigen Gewinnanteile alsdann noch verbleibende Rest soll auf neue Rechnung vorgezogen werden. An der Dividende von 12 Proz. nimmt für 1903/04 ein Aktienkapital von 1 800 000 M. teil, während für 1902/03 8 Proz. auf 1 200 000 M. Kapital verteilt wurden.

## Gewerkchaftliches.

### Die Kasse der „Steger“.

Die Organisation der Crimmitschauer Jehnstundenkämpfer ist nicht tot zu bekommen. Kein Mittel hat dazu verfangen. Jetzt beschuldigen Fabrikanten und Arbeitswillige die Leiter der Organisation des Meineids und der Verleitung zum Meineid, und die Staatsanwaltschaft hat in ihrem Sinne eingegriffen.

Am Sonnabend wurden die Genossen Hecht und Schiller in Crimmitschau, aber die schon vorher zwecks eines Ermittlungsverfahrens die Briefsperrung verhängt war, verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis übergeführt. Schiller ist des Meineides, Hecht der Verleitung dazu angeklagt. — Es wird ihnen so ergehen, wie unsren Genossen, die in dem denkwürdigen Königsberger Hochverratsprozeß beteiligt waren; man verhängt über sie die Strafe der Untersuchungsgefängnis und muß sie nachher freisprechen.

Ueber die Vorgeschichte dieser Verhaftung wird uns folgendes mitgeteilt:

Am 11. Juli 1904 fand in Zwickau vor dem Landgericht eine Verleumdungsklage des bekannten Scharfmachers Lukas Schmidt gegen den Geschäftsführer des Textilarbeiter-Verbandes Albert Hecht ihren Abschluß. Hecht wurde hierbei, nach Ueberzeugung aller mit den näheren Umständen Bekannten, unschuldig zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

In dieser Verhandlung zeugte der nicht in besten Reumunde stehende Arbeiter Vogel gegen Hecht, wo er ausfragte, Hecht habe am 19. März den Fabrikanten Schmidt, als er (Vogel) seine Frau vom Verband abmelde, einen „Lump“ genannt.

Der jetzt ebenfalls verhaftete frühere Vorsitzende des Verbandes, Schiller, sagte unter Eid aus, Vogel sei am 12. März auf dem Bureau der Textilarbeiter gewesen und er habe mit Vogel den Streit gehabt. Hecht habe damals im Gefängnis gesessen.

Beide Zeugen standen sich also mit ihrem Eide gegenüber. Auf wie schwachen Füßen die Anklage gegen Hecht und Schiller steht, mag folgendes ergeben:

Hecht ist am 19. März, an welchem er angeblich die Verleumdung begangen haben soll, aus dem Gefängnis entlassen worden. Es war dies nachmittags 2 Uhr. Schiller hatte für die Zeit, wo Hecht im Gefängnis war, für diesen die Geschäfte geführt und die Kasse verwaltet. Erst abends nach 8 Uhr hat er die Kasse wieder Hecht übergeben. Hecht ist in der Zeit von seiner Entlassung bis zur Uebernahme der Kasse nur einmal im Bureau gewesen, und zwar nur, um die Anwesenden zu begrüßen.

Hecht hat einen Hinweis auf diese Umstände vor dem Schöffengericht in Crimmitschau unterlassen, weil er sehen wollte, ob der Zeuge Vogel wirklich schwören würde, daß er (Hecht) es sei, der den Fabrikanten Schmidt beleidigt habe. Vor der Schöffengerichts-Verhandlung hat Hecht dem Rechtsanwalt Häbter in Leipzig schon Mitteilung von dieser Absicht gemacht. Dieser hat dies vor dem Landgericht Zwickau unter Eid bezeugt.

Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt überdies mit, daß Fabrikant Schmidt im Sühneverfahren den 12. März als den Tag des Vorganges im Verbandsbureau angegeben habe, genau wie dies Schiller beschwor. Erst als bekannt wurde, daß Hecht erst am 19. März aus dem Gefängnis entlassen wurde, besann sich plötzlich der Zeuge Vogel darauf, daß die Geschäfte an diesem Tage gewesen sei.

Man sieht, mindestens einmal wieder eine recht zweifelhafte Geschichte, derenwegen diese Justizaktion unternommen wurde, die in ihren Anfängen sehr an die Meinelaffären in Essen und Bismar erinnert. Offenbar ist ihr Ausgang ein für die Angeklagten günstiger.

Die Leitung des Textilarbeiter-Verbandes erläßt folgende Bekanntmachung:

**Achtung! Textilarbeiter von Crimmitschau und Umgegend!** Durch die plötzliche Inhaftnahme unsrer Kollegen Hecht und Schiller erleidet die Geschäftsführung des Verbandes keine Unterbrechung und werden die Verbandsgeschäfte in der bisherigen ordnungsmäßigen Weise durch einen vom Verbandsvorstand beauftragten Kollegen weitergeführt. Keiner lasse sich verblüffen durch diese unerwartete Maßnahme. Ein jeder halte in Treue aus. Nur in der Einigkeit liegt unsre Macht!

### Berlin und Umgegend.

Der Stand des Formerkreises bei der Firma Schwarzkopf ist ebenfalls noch unbestimmt. Arbeitswillige sind nicht vorhanden, und bei der guten Organisation der Formier ist auch kaum zu erwarten, daß sich Berufscollegen finden sollten, die den Streikenden in den Rücken fallen. Die Firma Schwarzkopf thut zwar, als brauche sie gar keine Arbeitskräfte, doch in Wirklichkeit ist sie auf das eifrigste bemüht, Ersatz für die Streikenden zu beschaffen. Da ihr das in Berlin nicht gelingt, so wendet sie sich nach auswärts.

In der letzten Nummer des „Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen“, Essen, a. d. R., Verlag W. Girardet, sucht die Firma tätige Eisenformer für Sand- und Raschgeschuss zum sofortigen Eintritt. Ob die Firma ihren Zweck erreichen wird, ist mehr wie fraglich, da die Formier allerorts von dem Stand der Dinge unterrichtet sein dürften.

Ritterweise versendet der Rühmänner-Verband ein Rundschreiben, in welchem die bekannte Vertrauenskommission anordnet, daß sämtliche zum Verbande gehörigen Giebereien für die im Streit befindliche Firma Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. L. Schwarzkopf G. u. F. zu liefern haben, und daß sich die genannte Firma diesbezüglich mit den einzelnen Giebereien direkt in Verbindung setzen wird. Ferner hat die Vertrauenskommission beschlossen, um das einheitliche Vorgehen aller Betriebe des Verbandes zu betonen, daß die den Giebereien spätestens am Montag, den 8. d. M., zugehenden Modelle am heutigen Mittwoch, den 10. d. M., bis spätestens 10 Uhr vormittags in Arbeit zu geben sind.

Sollten die Formier usw. sich weigern, den Guss anzufertigen, so sind dieselben als Streikende zu betrachten und sofort Nachricht nach der Gartenstraße zu richten.

Wohl in Beachtung dieses Rundschreibens hat die Eisengieberei „Ehlo“ in der Bankstraße bereits gestern sämtliche Formier bis auf einen, die die Anfertigung Schwarzkopfscher Streiarbeit verweigerten, entlassen. Ob es die Rühmänner wieder zu einer größeren Aussperrung treiben und damit die Gussarbeiten gänzlich aus Berlin hinausdrängen wollen, bleibt vorläufig abzuwarten. Die Berliner Formier sehen den weiteren Maßnahmen der Metallindustriellen mit gewohnter Ruhe entgegen.

**Zum Maierstreik.** Der Stand des Streiks ist andauernd günstig. Die sehr die Arbeitgeber bereits in Verlegenheit sind, beweist folgender Vorfall: Der Meister Eugen Gundlach, Aufmstraße 14, erklärte sich gestern zur Anerkennung des neuen Tarifs bereit und verlangte gleichzeitig vier Wagnel. Da dieser Meister nun bisher so gut wie gar keine Gesellen beschäftigt hatte, so schöpfe die Streikleitung Verdacht, daß es sich hier um eine Schiebung handeln könne, dergestalt, daß Herr Gundlach die Arbeiter für eine der nicht bewilligten Firmen ausführen wolle. Vier mit Arbeitsberechtigungskarten versehenen Gesellen wurden darauf zu Meister Gundlach hingeführt. Dieser war hoch erfreut und schickte die Gesellen sofort nach dem Neubau der Beamtenhäuser in der Lothringersstraße, der von der nichtbewilligten Firma Ziehe verglast wird. Als den Gesellen hier der Ziehesche Verführer entgegenkam, wußten sie natürlich gleich, woran sie waren. Sie ließen den Mann auf dem Bau allein und gingen wieder hin, wo sie hergekommen waren. Die Firma Ziehe mußte somit erfahren, daß die Streikenden sich von ihren ehrenwerten Innungsmeistern keineswegs so leicht über den Löffel barbieren lassen. — Auch die Polizei erweist sich jetzt als Hüterin der Meisterinteressen. Am Montag wurde bereits ein Streikposten verhaftet, der an der Ecke Potsdamer- und Linienstraße eine von Streikbrechern der Firma Stabenow ausgeführte Arbeit beobachtete und sich auf das Koalitionsrecht berief, als ihn ein Schuttmann wegweisen wollte. Dagegen ist die Polizei aufeinander sehr nachsichtig, wenn es sich um Uebertretungen bestreifter Firmen und deren Arbeitswillige handelt. So sahen nämlich Streikposten, daß am Sonntag zwei Arbeitswillige auf dem Bau Alt-Moabit 41—42 arbeiteten. Der Vorfall wurde der Polizei gemeldet mit dem Ersuchen, die Sonntagsarbeiter festzustellen und nachzuforschen, ob die ausführende Firma auch die behördliche Erlaubnis zur Sonntagsarbeit habe. Es wurde den Beschwerdeführern auch zugesagt, Ermittlungen in dieser Richtung anzustellen. Bis jetzt ist ihnen aber noch keinerlei Bescheid über das Ergebnis derselben zugestellt worden.

Der Innungsvorstand hatte es nach dem Vorkommnis in der letzten Innungsversammlung, die belamisch schon nach kurzer Debatte geschlossen wurde, um den Gesellenauschuss los zu werden, für gut befunden, den indirekt ernannten Gesellenauschuss gestern abend wieder zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen. Der Wunsch des Innungsvorstandes ging nochmals dahin, daß der Gesellenauschuss in den nächsten Tagen eine Gesellenversammlung einberufen möge, um sich, wenn angängig, zur Führung von Verhandlungen wegen Beilegung des Streiks und Abschluß eines neuen Tarifs, aus für die Charlottenburger Innung, autorisieren zu lassen. Der Vorstand bewies damit, daß ihm an Verhandlungen nunmehr viel gelegen ist. Der Gesellenauschuss sagte zwar zu, dem Wunsche des Vorstandes zu entsprechen, ob die Gesellenchaft jedoch von dem gefassten Beschlusse, Verhandlungen nur durch die Organisationsvertretung führen zu lassen, abgehen wird, dürfte bei dem jetzigen Stande des Streiks noch sehr fraglich sein.

**Streikbrecher werden gesucht.** Tischler, Polierer, Einseher, Bildhauer, Drechsler und Maschinenarbeiter erhalten nach einem ständig wiederkehrenden Inserat in der „Volks-Zeitung“ Arbeit nachgewiesenen Alexanderstr. 31. Verschwiegen wird in dem Inserat, daß es sich dabei um den Arbeitsnachweis der Holzindustriellen handelt, der von den organisierten Berliner Holzarbeitern gesperrt ist.

Der Streit bei Drenstein u. Koppel in Spandau weist noch denselben Stand auf, wie am Tage der Arbeitsniederlegung. Obwohl die Firma in fast allen größeren Industrieorten sowohl durch die bürgerliche Presse als auch durch Agenten nach Streikbrechern jagdet, ist der Betrieb so gut wie leer. Am Sonnabend, dem kritischen Tage, den die Firma als Endtermin zur Wiederaufnahme der Arbeit angesetzt hatte, fanden sich von den 550 Streikenden nur zwei Leute, die Angst genug hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen; alle übrigen blieben fest und sind von bestem Geiste besetzt. Am selben Sonnabend kam es zu einer heiteren Episode. Der belamete Streikbrecherwagen am Bahnhof, mit dem großen Einladungsplakat, der bisher nur ausschließlich von dem Ausfuhrer benutzt war, lauerte an diesem Tage besonders der Arbeitswilligen, die da kommen sollten. Als jedoch Stunde um Stunde verrann und kein Mensch drin Platz nehmen wollte, da erbarmten sich die Gewerkschaftsführer Wieselthal und Siering der unbenutzten „Equipage“. Sie stiegen ein, und als der Ausfuhrer sah, daß niemand mehr mitwollte, fuhr er die beiden unter dem heimlichen Schutze der Streikenden nach der Fabrik. Dort angekommen, öffneten sich sofort die Fabrikthore sperrangelweit. Meister, Schreiber und Volgaristen stürzten dienstbeflissen heraus, um die vermeintlichen Arbeitswilligen höflich in Empfang zu nehmen und unter sicherem Schutze in die Fabrik zu geleiten. Doch die Gesichter der Herren wurden ziemlich lang, als sich die beiden Jahrgäste in ihrer wahren Gestalt vorstellten mit dem Wunsche, den Herrn Direktor zu sprechen. Etwas verblüfft sagte man ihnen, der Herr Direktor lehne es ab, mit Gewerkschaftsführern zu unterhandeln. Beide gingen darauf wieder von dannen in dem guten Bewußtsein, wenigstens den Herden des Streikbrecherwagens eine kleine nützliche Bewegung verschafft zu haben.

Die Freie Vereinigung der Bäckermeister Berlins hielt am Dienstag ihre erste Versammlung ab, welche die Statuten betraf und den Vorstand wählte. Die Freie Vereinigung ist eine Organisation derjenigen Bäckermeister, die mit der Leitung der Innungen, namentlich mit deren Verhalten beim Bäckerstreik nicht einverstanden sind. In der Versammlung, die vor einigen Wochen die Gründung der Freien Vereinigung beschloß, hatte es den Anschein, als ob diese Vereinigung eine Organisation der tarifstreuen Bäckermeister sein sollte im Gegensatz zu den Innungen, welche den Tarif grundsätzlich bekämpfen. Der Statutenentwurf, welcher der jetzigen Versammlung vorlag, machte in Betreff dieser Ansicht die den Mitgliedern zur Pflicht, daß sie den vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Tarif anerkannt haben müssen. Dieser Vorschlag wurde jedoch gestrichen mit der Begründung, daß man den Kreis der Beitrittsberechtigten nicht zu eng ziehen dürfe. Man rechte auf die Mitgliedschaft aller derer, die mit der Leitung der Innungen nicht zufrieden sind, und solche gäbe es bis in die Reihen der Innungsvorstände hinein. Diesen dürfe man den Eintritt nicht unmöglich

machen, indem man die Anerkennung des Tarifs von ihnen verlangen. — Als Zweck der Vereinigung bezeichnet das Statut Wahrung geschäftlicher Interessen der Mitglieder, ferner: „Uebergriffen der Gesellen sowie der Innungen entgegenzutreten“, und endlich, Sorge für die Lehrlingsausbildung und „das Bestreben, Meistern und Gesellen ein auskömmliches Einkommen zu sichern.“

Das letztere macht sich als Statutenbestimmung ganz hübsch, es wird aber kein verständiger Bäckergehilfe Hoffnung darauf setzen, daß eine Meisterorganisation, die sich nicht einmal dazu aufschwingen kann, ihre Mitglieder zur Anerkennung des Tarifs zu verpflichten, den Gesellen „ein auskömmliches Einkommen sichern“ kann.

### Deutsches Reich.

**Der Streik der Mühlenarbeiter in Hameln dauert fort.** Jetzt werden selbst die Arbeitswilligen rebellisch und verlassen teilweise den Betrieb. — Die Mühlenarbeiter in Halle sind ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten.

Die Kernmacher der Ascherlebener Maschinenbau-Aktiengesellschaft haben nach wochenlangen Verhandlungen und fünf Tagen Streik mit der Direktion einen Vergleich abgeschlossen. Die Kernmacher zogen ihre Forderung auf reine Lohnarbeit und Stundenlohn von 30 bis 40 Pf. zurück; die Direktion erhöhte den Accordsatz um 10 Proz., gestand für jede 14tägige Schicht eine specialisierte Abrechnung zur Einrichtungsmaßnahme für die Kernmacher und eine Garantie für bestimmten Verdienst pro Stunde nach den folgenden Klassen zu:

1. Klasse 38 Pf. pro Stunde, 8 Mann,
2. „ 36 „ „ „ 7 „
3. „ 34 „ „ „ 3 „
4. „ 31 „ „ „ 12 „
Vorarbeiter 43 Pf. pro Stunde.

Die Beschäftigung geschah mit den Arbeitern zusammen. In der letzten Lohnperiode erhielten die Kernmacher 21—24 Pf. pro Stunde, in der vorherigen 23—30 Pf.

**Zur Bewegung der Holzarbeiter in Leipzig.** Seit Montag befinden sich insgesamt 36 Drechsler, 3 Tischler, 3 Maschinenbauer und 2 Bildhauer im Auslande. Bewilligt haben bis jetzt 3 Arbeitgeber mit zusammen 24 Arbeitern. Da die Arbeitsniederlegung fast in allen Betrieben eine einheitliche und geschlossene war (nur wenige Arbeitswillige sind vorhanden), so hofft man, daß der Streik nicht von langer Dauer sein werde.

Der Tischlerstreik in Offenbach, der seit Anfang April dauert, ist durch gegenseitige Vereinbarung beigelegt. Der Arbeitgeberverband zieht die von ihm ausgegebene schwarze Liste zurück und verpflichtet sich bei Einstellungen zunächst die in Offenbach im Auslande gewesenen Leute zu berücksichtigen. Zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurde eine Kommission gewählt. — Zuzug von Tischlern ist von Offenbach natürlich noch so lange fernzubehalten, bis die Streikenden untergebracht sind.

### Ausland.

#### Vom internationalen Bergarbeiter-Kongress.

Paris, 9. August. (B. Z. B.) Der internationale Kongress der Grubenarbeiter hat heute einen Antrag auf gesetzliche Einföhrung des Achtstundentages mit Einschluß der Ein- und Ausfahrt für Gruben- und Erdarbeiter in den Bergwerken angenommen.

Als moderner Hann al Nashid soll der Gouverneur von Nebraska beim letzten Wehrgesetz in der Kleidung eines Arbeiters sich unter die Ausständigen gemischt haben, um zu sehen, ob die Entsendung von Truppen erforderlich sei! Das Resultat war, daß der Herr Gouverneur jede geringste Truppenendung für unnötig erklärte!

Ein Gluck, daß der gute Mann sich nicht nach einer Entsendung von Militär unter die Streikenden gemischt hat, denn dann hätte er sicherlich Wunderdinge erlebt von seinen der — Soldaten!

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Dritter internationaler Mathematiker-Kongress.

Heidelberg, 9. August. (B. Z. B.) Der dritte internationale Mathematiker-Kongress wurde gestern unter harter Beteiligung eröffnet. Die Anzahl der Teilnehmer dürfte gegen 400 betragen. Die Begrüßungsansprache hielt Geh. Hofrat Prof. Cantor. Die eigentlichen Sitzungen begannen heute vormittag 10 Uhr im großen Saale des ehemaligen Museumsgebäudes. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache Professor Wobers-Strahburg eröffnete der Erbprinzherzog den Kongress. Namens der Regierung begrüßte Geheimrat v. Maridall die Versammlung, namens der drei badischen Hochschulen Hofrat Professor Braune und im Namen der Stadt Heidelberg Oberbürgermeister Willen. Geheimrat Königsberger hielt sodann die Gedächtnisrede auf den vor 100 Jahren geborenen berühmten deutschen Mathematiker Jacoby.

Petersburg, 9. August. (B. Z. B.) Die russische Telegraphen-Agentur meldet aus Rußden vom heutigen Tage: Die Japaner benutzen die Eisenbahnlinie Scharnaitwan—Jatou zur Verproviantierung ihrer Arme. Es heißt, daß sie längs derselben Linie ihre Truppen mit der Bestimmung nach Himmintun mobilisieren.

Rom, 9. August. (B. Z. B.) Aus Anlaß des ersten Jahrestages seiner Krönung begab sich der P a p s t auf der sedia gestatoria in die Peterskirche und wohnte dort einer päpstlichen Kapelle bei, welche in Gegenwart der Kardinal des Patriarchats und sehr zahlreicher eingeladener Persönlichkeiten stattfand. Nach Beendigung derselben begab sich der P a p s t in seine Gemächer zurück.

Saragossa, 9. August. (B. Z. B.) Hier ist ein allgemeiner Ausstand eingetreten. Alle Geschäfte sind geschlossen. Gendarmen und Truppen patrouillieren in den Straßen. Mehrere Ruhestörer wurden verhaftet.

Washington, 9. August. (Weldung des „Neuerischen Bureaus“.) In dem heutigen Ministerrat setzte Staatssekretär Hay die Gründe für sein Ansehen, daß ein Geschwader nach Smyrna geschickt werden solle, auseinander. Neuerliche Verhandlungen seien mit der Pforte begonnen worden; wenn diese fehlschlagen, sei es möglich, daß der amerikanische Gesandte in Konstantinopel den Posten verlassen und an Bord des amerikanischen Flaggschiffes gehen werde. Dies würde eine ziemlich ernsthafte Lage schaffen.

Washington, 9. August. (Weldung des „Neuerischen Bureaus“.) Die Thatsache, daß das Staatsdepartement noch keinen Beweis dafür erhalten hat, daß der „Knight Commander“ eine Ladung, die einem amerikanischen Vürger gehört, an Bord hatte, wirkt darauf hin, das Interesse der Finanzkreise an der Angelegenheit zu vermindern; die internationale Frage zwischen Rußland und England, ob eine kriegsführende Macht das Recht hat, Konterbande fahrende neutrale Schiffe zu verhaften, beansprucht aber nach Ansicht hiesiger amtlicher Kreise viel Interesse, da die geographische Lage der Vereinigten Staaten derart ist, daß es im Falle eines Krieges mit einer europäischen Macht für die amerikanischen Schiffe notwendig sein könnte, die Ansicht der russischen Regierung anzunehmen; denn wie man sagt, würde es unmöglich sein, eine Flotte über den atlantischen Ocean nach einem amerikanischen Hafen zu bringen. Das Staatsdepartement hat bisher zu der Angelegenheit keine Stellung genommen, überwacht aber die Entwicklung der Sache.

Guerra (Colorado), 9. August. (B. Z. B.) Nach weiteren Meldungen sind von den bei dem Eisenbahnunfall Umgekommenen bis heute nachmittag 63 geborgen worden.



Parteigenossen! Heute ist Zahlabend in allen Bezirken Berlins!

Der Programmwurf der Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz.

II.

Arbeitsprogramm

der

Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

1. Ausbau der Demokratie.

Proportionales Wahlverfahren. Wahl der gesetzgebenden administrativen und richterlichen Behörden durch das Volk. Obligatorisches Referendum. Gesetzgebungs-Initiative. Dezentralisation der Bundesverwaltung. Autonomie der Gemeinde. Erleichterung der Stimmgabe durch Einführung gedruckter Stimmzettel und Aufstellung von Wahlurnen am Sonnabendabend. Obligatorische Stimmgabe durch die Urnen bei allen Wahlen und Abstimmungen. Abschaffung der Bürgergemeinde. Erleichterung der Einbürgerung von Ausländern. Trennung von Kirche und Staat.

2. Gleichheit und Gleichstellung der Bürger.

Gleichstellung der Frau mit dem Manne im öffentlichen und Privatrecht; als Anfang: Ausdehnung des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau für die Schul-, Kirchen- und Armenbehörden. Beseitigung der bürgerlichen Ehrenfolgen der fruchtlosen Weiblichkeit und des Konkurses, sowie bei Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Gleichstellung der Schweizerbürger mit den Kantonsbürgern in kantonalen und Gemeindeangelegenheiten.

3. Schutz der persönlichen Freiheitsrechte.

Abschaffung der Bundeskantonalschaft und der politischen Polizei. Weibliches Asylrecht. Humane Handhabung der Bestimmungen über Niederlassung und Aufenthalt. Wirksamer Schutz der freien Meinungsäußerung, der Pressefreiheit, des Versammlungs-, Vereins- und Streikrechtes durch wirksame Strafbestimmungen. Parlamentarische Immunität für alle eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Volksvertretungen.

4. Demokratisierung des Wehrwesens.

Vereinfachung der Bekleidung und Ausrüstung. Wahl der Offiziere durch die Mannschaft. Vorkurs und Ausrüstung der Offiziere durch den Staat. Gleiche Verpflegung für Offiziere und Mannschaft. Abschaffung des Militärstrafrechtes und der Militärgerichtsbarkeit in Friedenszeiten. Unterstützung der Familie während des Dienstes des Ernährers. Schutz des Wehrmannes gegen die ökonomischen Folgen der Entlassung wegen des Militärdienstes. Abschaffung des Schulverhaftes wegen Nichtbezahlung des Militärschuldenjahres.

5. Steuervergelyebung.

Progressive Vermögens- und Einkommenssteuer in Staat und Gemeinde. Stärkere Belastung des Kapitaleinkommens gegenüber dem Arbeitseinkommen. Besteuerung des Wertzuwachses unbauter Grundstücke. Publikation der Steuerregister. Erbschaftsteuer, progressive nach der Größe des Erbansfalls und der Entfernung der Verwandtschaft. Strenge Maßregeln zur Ermittlung der Steuerobjekte. Konfiskation des der Steuer entzogenen Vermögens. Steuerbefreiung eines zum Leben notwendigen Betrages. Bekämpfung der indirekten Steuern und der Schutzgollpolitik.

6. Schulwesen und Berufsbildung.

Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien. Unentgeltlicher Unterricht für alle Begabten bis zu den obersten Stufen, Universität und Polytechnikum einbezogen. Unterstützung der Bedürftigen durch ausreichende Stipendien, Verabsolugung von Lehrlingen und Kleidung. Einführung des Handarbeitsunterrichts für beide Geschlechter. Haushaltungs- und Kochschulen. Obligatorische Fortbildungsschule für beide Geschlechter. Ausschluß des Religionsunterrichts aus der Schule. Ausdehnung des Volksschulunterrichts mindestens bis zum 15. Altersjahre. Ausreichende Sorge für die Bildung Schwachbegabter und nicht Volkstüchtiger, sowie für bildungsunfähige Kinder. Berufsbildung in Lehrwerkstätten und Fachschulen, als Ersatz für die Berufslehre beim Meister.

7. Sorge für die Jugend außerhalb der Schule.

Kindergärten. Jugendhort. Spieletische Ferienkolonien. Waldschulen.

8. Geistige und sittliche Erziehung des Volkes.

Kampf gegen den Alkoholismus. Sachgemäße Verwendung des Alkoholschmelzes, namentlich Förderung aller Bestrebungen, durch welche die Arbeiter und ihre Organisationen vom Wirtshaus unabhängig gemacht werden: Errichtung von Volkshäusern, öffentlichen Versammlungsorten und Kesseln. Unentgeltliche wissenschaftliche und künstlerische Darbietungen: Vorträge, Konzerte, dramatische Vorstellungen, Museumsbesuche.

9. Reform des Strafrechtes und des Strafprozesses.

Verbeiständung des Angeklagten während der Untersuchung. Erhöhung des strafmündigen Alters auf das zurückgelegte 16. Altersjahre. Beschränkung des Untersuchungs- und Sicherheitsverhaftes auf dringende Fälle. Fürsorge für die Familien der Verhafteten durch den Staat. Bedingte Verurteilung. Beseitigung der Umwandlung von Geldbußen in Freiheitsstrafe. Ausgestaltung des Strafvollzuges im Sinne eines Besserungs- und Erziehungsmittels. Abschaffung der Todesstrafe. Beseitigung der Strafmilima. Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter.

10. Zivilprozeß und Schuldbeitreibung.

Unentgeltlicher Rechtsbeistand. Unentgeltliche Prozeßführung für Bedürftige. Beseitigung der Wohnpfändung. Ermäßigung der Beitreibungsgelühren.

11. Öffentliche Gesundheitspflege und Wohnungspolitik.

Volkshäuser, Spielplätze und Promenaden. Versorgung mit Säuglingsmilch. Anstellung von Schulärztinnen. Verweigerung des staatlichen und kommunalen Grundeigentums. Wohnungsinpektion. Erstellung von billigen Wohnungen durch die Gemeinde.

12. Öffentliche Krankenpflege.

Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Heilmittel. Ausreichende Beschaffung von Krankenheilanstalten. Sanatorien für Lungen- und Nervenleidende. Beschaffung unentgeltlicher Krankenpflege im Hause. Erholungshäuser für Genußende. Unentgeltliche Geburtshilfe und Wöchnerinnenpflege. Ausreichende Hilfe für Unheilbare.

13. Einrichtungen der Versicherung und sozialen Fürsorge.

Versicherung gegen die ökonomischen Folgen von Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter und Tod. Ausreichende freundschaftliche Hilfe für Invalide, Geberchliche und Altersschwache.

14. Armenwesen.

Staatliche Armenunterstützung durch das Mittel der Wohnsitzgemeinde. Gleichmäßige Verteilung der Armenlasten. Ausreichende Unterstützung, um vorübergehend Verarmte wieder auf eigene Füße zu stellen. Humane Behandlung der Unterstützungsbedürftigen und Schutz ihrer Ehre.

15. Gewerblicher Arbeiterschutz.

Ausbau des Fabrikgesetzes. Ausdehnung auf alle Betriebe, in denen Rotoren oder Personen unter 18 Jahren verwendet werden. Verkürzung des Maximalarbeitstages, zunächst auf 10 Stunden und sukzessive bis auf acht Stunden. Freigabe des Sonnabendnachmittages. Verbot der Ruhen und des Decomptes. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren. Heranziehung der Arbeiter zur Fabrikinspektion. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Unterstützung der Wöchnerinnen während der Schonzeit. Schutz des Leben- und Wirtschaftspersonals namentlich durch Beschränkung der Arbeitszeit. Allgemeines Verbot der Sonntagsarbeit. Beschränkung und Regelung der Heimarbeit und Einrichtung von Betriebswerkstätten.

16. Arbeitsvertrag und Lohnschutz.

Kollektiver Arbeitsvertrag. Gewerbegerichte. Schneller Rechtschutz und hoher Verzugszins für Lohnforderungen.

17. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und deren Folgen.

Ständige Beobachtung des Arbeitsmarktes und Vorsorge für Bereithaltung öffentlicher Arbeiten im Regiebetrieb für die Zeiten der Arbeitslosigkeit mit Bezahlung der ortsüblichen Löhne. Ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen, denen keine Beschäftigung geboten werden kann. Unterstützung der von den Arbeiterorganisationen eingerichteten Arbeitslosenversicherung durch Gemeinde, Kanton und Bund.

18. Monopole, öffentliche Dienste und Betriebe.

Tabakmonopol mit der Zweckbestimmung, daß die Erträge für Zwecke der Versicherung und sozialen Fürsorge verwendet werden. Monopolisierung der Wasserkräfte mit Beteiligung der Kantone und Gemeinden, unter Voranstellung der öffentlichen Interessen. Monopolisierung des Getreidehandels und der Mälzerei. Kommunalisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sowie der Straßenbahnen. Einrichtung von Gemeindebäckereien, Molkereien, Schlacht- und Viehhöfen, sofern diese Unternehmungen nicht von Genossenschaften in ausreichendem Maße gepflegt werden. Kommunale Arbeits- und Wohnungsvermittlung. Unentgeltliche Bestattung.

19. Anstellungsverhältnisse der Staats- und Gemeindeangestellten.

Minimallohn und Maximalarbeitszeit. Ferien mit Lohnzahlung. Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter. Unterstützung Hinterlassener. Arbeiter, deren Beschäftigung einen ständigen Charakter hat, sollen in die Kategorie der Festangestellten versetzt werden. Lohnzahlung während des Militärdienstes.

20. Regelung des Submissionswesens.

Ausschluß solcher Unternehmer von öffentlichen Arbeiten, die das Vereindrecht der Arbeiter verletzen oder die Tarifverträge nicht einhalten, oder die den öffentlichen Arbeitsnachweis nicht bemühen. Verpflichtung der Unternehmer öffentlicher Arbeiten, in erster Linie anfähige Arbeiter zu beschäftigen, eine bestimmte Maximalarbeitszeit innezuhalten und Löhne zu bezahlen, die den Tarifverträgen oder dem ortsüblichen Lohnsatz entsprechen.

Partei-Nachrichten.

Entgegung!

Kein jeder Brehpölemil verzichte ich, dem Verfasser des „Wirnis“-artikels in Nr. 183 des „Vorwärts“ in der von ihm beliebten persönlichen Schreibweise zu antworten. Nachdem ich 18 Jahre im Klassenkampf stehe und jederzeit meine materiellen und geistigen Kräfte dem Proletariat rückhaltlos zur Verfügung gestellt habe, glaube ich mich gegen den Vorwurf der „Leichfertigen“ Schädigung des Proletariats in seinem Befreiungskampfe nicht veranlassen zu sollen und richtet sich derselbe für jeden, der mich kennt, wohl selbst. Die weitere sachliche Vertretung meiner Anschauungen wird auf dem Kongress in Amsterdam und nachher erfolgen.

Dr. R. Friedeberg.

Die Kreisversammlung für den Kreis Kuppin-Templin fand am Sonntag in Zehdenick statt. Beim ersten Punkt der Tagesordnung — Verichterstattung — konnte der Kreisvertrauensmann die Tätigkeit der Genossen in den einzelnen Agitationsbezirken lobend hervorheben. Auch haben sich die Einnahmen aus dem Kreise selbst in erfreulicher Weise vermehrt. Aus den Verichten der Bezirks-Vertrauensleute ist ebenfalls ein zufriedenstellender Fortschritt zu verzeichnen.

Zum Punkt 2 — Organisation — betonte Genosse Freythal bei der Einleitung zunächst Notwendigkeit und Nutzen der Organisation, um sodann auf die für den Kreis als geeignet erscheinende Organisationsform näher einzugehen.

Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Vorbedingungen für eine geschlossene Kreisorganisation vorhanden seien. Er empfahl der Konferenz folgenden Antrag zur Annahme:

Die Kreisversammlung beschließt, für den ganzen Kreis ist eine festgesetzte, geschlossene Organisation zu schaffen und zwar auf folgender Basis:

Der Kreis ist in eine entsprechende Anzahl von Bezirken einzuteilen. Für jeden dieser Bezirke ist ein Wahlverein zu gründen. Diese Wahlvereine bilden in ihrer Vereinigung den Kreis-Wahlverein. Die ganze Agitations- und Organisationsfähigkeit hat durch diesen Wahlverein zu erfolgen.

Zur Ausarbeitung der Statuten ist eine Kommission zu wählen, welche baldmöglichst ihre Tätigkeit aufnehmen und das Resultat einer alsbald einzuberufenden Delegiertenkonferenz zur Beschlußfassung zu unterbreiten hat.

In der Debatte wurden Einwendungen gegen diese Form der Organisation an sich nicht gemacht und der Antrag nach Ausklärung einzelner, die Organisation selbst nicht treffender Bedenken angenommen und auch sofort eine Kommission gewählt.

Zum Punkt Presse wurde nach dem Referat des Genossen Kiesel folgende von diesem eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Die Kreisversammlung beschließt, angesichts der immer größer werdenden Anstürme der Reaktion in eine intensivere Agitation für die Parteipresse einzutreten. Die Zahl der vorhandenen Abonnenten entspricht keineswegs der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen. Die Konferenz ist der Meinung, daß mit der größeren Ausdehnung der Parteipresse die Genossen mehr gefährt werden in den Bestrebungen der Sozialdemokratie gegenüber der heutigen Gesellschaftsordnung. Aus diesen Erwägungen heraus beschließt die Konferenz in eine persönliche Agitation für die Parteipresse einzutreten.

Anschließend hieran stimmte die Konferenz dem Vorschlage zu, daß jeder Bezirksvertrauensmann die für seinen Bezirk zu dieser

Agitation benötigte Anzahl von Exemplaren der „Brandenburger Zeitung“ dem Kreisvertrauensmann halbwegs anzugeben hat, damit dieser beim Verlag die für den ganzen Kreis notwendige Auflage bestellen kann.

Bei Stellungnahme zu der im September stattfindenden Provinzialkonferenz fand eine Resolution des Genossen Krafe-mann Annahme, durch welche die Agitationskommission Auftrag erhalten soll, im Herbst dieses Jahres ein Flugblatt, das Kontraktbruchs-Gesetz betreffend, herauszugeben und den Wahlkreisen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurden gewählt die Genossen Krafe-mann, Kadler und Pöyern, zum Parteitag in Bremen wurde Genosse Krafe-mann gewählt. Die Wahl des Vertrauensmannes fiel wieder auf den Genossen Krafe-mann.

In der Konferenz des Wahlkreises Westpreignitz, die am Sonntag in Wittenberge tagte, konnte festgestellt werden, daß die Organisation im Kreise trotz vieler Schwierigkeiten Fortschritt macht. Der „Märkische Landbote“ ist in 7000 Exemplaren verbreitet worden. Die Zahl der verbreiteten „Faden“ ist von 300 auf 600 monatlich gestiegen. Das Blatt wird in 67 Orten verbreitet. Das Kreis-Agitationskomitee hat neun Sitzungen abgehalten. Die Einnahmen der Kreisliste haben 386,50 M., die Ausgaben 362,24 M. betragen. Bestand bleibt 24,26 M.

Für die Verbreitung der Presse soll eine lebhaft Agitation betrieben werden.

Zur Provinzialkonferenz in Berlin werden die Genossen Hernowski und Lindemann-Wittenberge delegiert. Zum Delegierten des Parteitages wird Genosse Dr. Wehl vorgeschlagen, der aber beruflich nicht abkömmlich ist und das Mandat nicht annehmen kann. Es wird beschlossen, das Mandat einem Delegierten des sechsten Berliner Wahlkreises mit zu übertragen. Ein Antrag des Wahlvereins Wittenberge ersucht die Konferenz, sich dahin zu erklären, daß die Parteiführer in der bisher üblichen Weise beibehalten wird. Für diesen Antrag sprechen: Hernowski, Janber, Fischer und in längerer Ausführung ein Wittenberger Genosse, sowie Dr. Wehl. Letzterer empfiehlt die Annahme der von Fischer-Wittenberge vorgeschlagenen Berliner Resolution, weil es wichtig sei, sich für die Parteiführer in der bisherigen Weise zu erklären, da von zwei Richtungen gegen dieselbe Front gemacht werde. Die eine Richtung wolle die Parteiführer gänzlich fallen lassen, die andere verlange eine strikte Durchführung der Arbeitstrategie als wirksame Demonstration für den Achtstundentag, gleichviel welche Konsequenzen aus dem Ausbleiben der Arbeitstrategie resultieren. Die Konferenz macht die Berliner Resolution zu der ihrigen; die Vertretung derselben auf dem internationalen Kongress soll dem Delegierten des sechsten Berliner Wahlkreises übertragen werden. Dem Antrage Fischer, die Tagesordnung des Parteitages noch durch die Behandlung der Schulfrage zu bereichern, stimmt die Konferenz zu. Ein Antrag von Janber-Wittenberge auf Gründung eines Kreis-Wahlvereins wird abgelehnt, weil der Kreis hierfür noch nicht reif erachtet wird.

Eine Wahlkreis-Konferenz für Rastow-Melzen beschloß einstimmig, den Kreis zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen. Ein entsprechendes Statut wurde sofort beschlossen.

In einer Konferenz der Wahlkreise Altona und Lanenburg wurden folgende allgemein interessierende geschäftliche Mitteilungen gemacht:

Nach der Abrechnung für die Zeit vom 18. August 1903 bis 6. August 1904 hatten die Kreise eine gemeinschaftliche Einnahme von 6362,74 M., eine Ausgabe von 4460,82 M. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 1901,92 M. Die Einnahmen der in beiden Wahlkreisen vorhandenen zehn Organisationen betragen 25.467,90 M., die Ausgaben 17.179,88 M. Der Kassenbestand betrug am 1. Juli 1904 13.176,78 M. gegen 10.123,71 M. im vorigen Jahre. An die Agitationskommission in Neumünster wurden 1900 M., an die Parteikasse in Berlin 5300 M. gefandt. Der Wahlkreisliste überwiesen wurden 3676,85 M. Für die Landtagswahlen verausgabten die Organisationen der einzelnen Orte 3604,30 M. für Kommunalwahlen (Gemeinde- und Schulverwaltungen) 1691,41 M., für Agitation 2888,20 M. Agitationsveranlagungen fanden 20 statt. Flugblätter wurden verteilt: Allgemeine 30.000, zur Landtagswahl 74.200, zu Gemeindevahlen 31.100, Proschüren 1760, Volksblätter 19.500. Zeitungen 7248. Versammlungsdokale sind 25 größere und 20 kleinere vorhanden. Versammlungen fanden statt: 99 öffentliche, 92 Vereins-, Versammlungen. Der Abkommenstand stellt sich wie folgt: „Vorwärts“ 23 (6) [die eingeklammerten Ziffern geben den vorjährigen Abkommenstand an. D. S.], „Neue Zeit“ 92 (23), „Hamb. Echo“ 6314 (5790), „Schlesisch-Poln. Volks-Zeitung“ 154 (6), „Lübecker Volksbote“ 30 (55), „Jacob“ 3091 (3084), „Postillon“ 102 (111). Die Zahl der Mitglieder in beiden Wahlkreisen ist von 5809 im vorigen Jahre auf 6223 gestiegen.

Für das westliche Westfalen legt ein damit beauftragtes Komitee den Entwurf zu einem Organisationsstatut vor, wonach die dazu gehörenden fünf Wahlkreise einheitlich organisiert werden auf der Grundlage der Vereinbarbildung. Die Kreisversammlung jedes Wahlkreises soll zusammengeleitet sein aus Delegierten der einzelnen Orte nach dem Verhältnis der Parteibeiträge. Die Provinzialkonferenz soll zusammengeleitet werden aus Delegierten, deren Anzahl von der Zahl der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen bestimmt wird. Die Beitragsleistung an die Provinzialorganisation wird fest bestimmt.

Soziales.

Der Achtstundentag.

Die Juli-Ausgabe des amerikanischen „Official Journal“ giebt eine Zusammenstellung über die derzeitige Achtstundentag-Beschreibung in Amerika. Danach haben, außer den Vereinigten Staaten, noch 27 Staaten und Territorien (d. h. Gebiete unter 60.000 Einwohnern) ein Achtstundentag-Gesetz. In sechs Staaten ist der Achtstundentag als Maximal-Arbeitstag vorgeschrieben, und es sind keinerlei Ausnahms-Bestimmungen für irgend welche Tage, Konjunkturen oder dergleichen vorgesehen: Diese sechs Staaten sind: Konnektikat, Illinois, Indiana, Missouri, New York, Pennsylvania. — Nevada und Vereinigte Staaten haben in den bezüglichen Bestimmungen die Kieselfeld-Arbeiter, New York die Arbeiter am Reservoir ausdrücklich hervor.

In Wisconsin ist der Achtstundentag für die Manufakturen und Maschinenbetriebe vorgeschrieben; weitere Bestimmungen existieren hier nicht. In folgenden Staaten wieder ist der Achtstundentag für die Arbeiter in Bergwerken und Schmelzhütten gesetzlich festgelegt: Arizona, Colorado, Missouri, Montana, Nevada, Utah, Wyoming.

Den Achtstundentag als Maximal-Arbeitstag in Gemeindebetrieben haben eingeführt: Kalifornien, Colorado, Kolumbien, Hawaii, Idaho, Kansas, Maryland (Baltimore), Minnesota, Montana, Nevada, Ohio, Pennsylvania, Portoriko, Utah, Washington, West-Virginia, Wyoming. — Die Vereinigten Staaten bereiten ein Gesetz vor, wonach Staats-Arbeiter den Achtstundentag garantiert werden soll.

Heberarbeit und Invalidität.

In beachtenswerter Weise hat das Reichs-Versicherungsamt in einer Entscheidung die Frage behandelt, ob ein durch erhebliche Heberarbeit erzielter Verdienst als Maßstab für die Feststellung der Invalidität im Sinne des Invaliden-Versicherungsgesetzes gelten kann.



Ein Schiedsgericht hatte keine Feststellung, wonach die Klägerin nicht im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invaliden-Versicherungsgesetzes erwerbsunfähig war, im wesentlichen darauf gestützt, daß sie in 233 Arbeitstagen 292 M., somit durchschnittlich 1,10 M., also mehr als ein Drittel des für sie in Betracht kommenden Lohnes verdient hatte. Das Schiedsgericht berichtigte dabei nicht, daß der Vertreter der Klägerin ausdrücklich dargelegt hatte, die Klägerin verdiene in der 10 1/2 stündigen Fabrikarbeitszeit, in der andre Arbeiterinnen 2 M. bis 2,20 M. verdienen, nur 60-70 Pf. und erreiche das Mehr nur durch eine tägliche, auch sonntägliche Mehrarbeit von vier Stunden, und diese übermäßige Anstrengung sei nur auf Kosten der Gesundheit möglich. Ist das letztere in der That der Fall, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine solche Thätigkeit nicht in Betracht kommen kann, da sie nicht den Kräfte- und Fähigkeiten der Klägerin entspricht, sondern sie in einer Weise übersteigt, die das Geistes-, das überall von regelmäßigen, im Arbeits- und Wirtschaftsleben üblichen Verhältnissen ausgedrückt, nicht gewollt hat. Aber auch, wenn die Gesundheit der Klägerin durch die von ihr verrichtete Arbeit nicht nachweisbar leidet, kann eine Thätigkeit, bei der nur durch außerordentliches Ueberstreben der üblichen Arbeitszeit das Drittel des § 5 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes erzielt wird, nicht als eine solche angesehen werden, die der Klägerin unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufes zugemutet werden kann, und der aus dieser Thätigkeit erzielte Verdienst kann nicht mit dem verglichen werden, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Allerdings wird nicht jede, auch geringfügige Ueberleistung der üblichen Arbeitszeit hierbei von Bedeutung sein; daß aber ein Verdienst, der nach den Angaben der Klägerin in wöchentlich 91 Arbeitsstunden erzielt wird, nicht mit einem in nur 63 Arbeitsstunden erzielten Gewinn in Vergleich gestellt werden kann, liegt auf der Hand. Wenn das Schiedsgericht dies gleichwohl gethan hat, so hat es den Begriff der Erwerbsunfähigkeit, wie ihn § 5 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes giebt, verkannt. Die Entscheidung beruhte daher auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechtes und unterliegt somit der Aufhebung, und zwar um so mehr, als auch das ärztliche Gutachten, das seiner Zeit für die Entziehung der früher bewilligten Rente maßgebend gewesen ist, durch die Höhe des von der Klägerin erzielten Verdienstes beeinträchtigt war.

**Angünstigte Polizeivorschrift zur Regelung des Schulbesuchs.**  
Eine Regierungs-Polizeiverordnung vom 12. Dezember 1899 sollte der weisprechliche Guttsbesitzer die dadurch übertreten haben, daß er nicht dafür sorgte, daß ein von ihm beschäftigtes, noch schulpflichtiges Kind die Schule regelmäßig besuchte. Die Verordnung macht nämlich nicht nur die Eltern und deren gesetzliche Vertreter für Schulverhinderung strafrechtlich verantwortlich, sondern auch die Arbeitgeber noch schulpflichtiger Kinder. Es wurde auch in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Er legte Revision ein und bestritt die Gültigkeit der Verordnung, soweit sie auch die Arbeitgeber mit Strafe bedroht. Der Oberstaatsanwaltschaft am Kammergericht schloß sich dem Rechtsmittel an und beantragte ebenfalls die Freisprechung des Angeklagten. Er betonte, daß das Polizeiverwaltungsgesetz nicht als Stütze jener Verordnung in Betracht kommen könne, da es keine Vorschrift enthalte, wonach die Regelung des Schulbesuchs der Kinder ein Gegenstand polizeilicher Vorschriften wäre. Somit könne es sich nur um eine Ausführungsverordnung der im 12. Titel des Teils II Allgemeinen Landrechts enthaltenen Bestimmungen über den Schulbesuch handeln. Danach könnten aber nur nachlässige Eltern oder deren gesetzliche Vertreter (Vormund u. c.) durch Strafandrohung angehalten werden, für den regelmäßigen Schulbesuch der Kinder zu sorgen, nicht aber Arbeitgeber schulpflichtiger Kinder.

Das Kammergericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach den Angeklagten frei, indem es die Verordnung für ungültig erklärte insoweit, als außer den Eltern und ihren gesetzlichen Vertretern auch noch den Arbeitgebern die Verpflichtung auferlegt werde, für den Schulbesuch der Kinder zu sorgen.

**Zur Reform des Apothekenwesens** machte auf dem letzten westfälischen Städtetage der Geh. Medizinalrat Dr. Rapmund einige beachtenswerte Mitteilungen. Er führte aus, daß man in den letzten Jahren dahin gekommen sei, daß die Regelung des Apothekenwesens, wie es früher seitens des Reiches geplant gewesen sei, nicht vor sich gehen könne, in Preußen solle indes die geplante Reform zur Durchführung gebracht werden. Wenn man seitens des Staates nun aber ernstlich daran denke, Reformen zu schaffen, dann solle man sie aber auch so einrichten, daß die bedauerlichen Erscheinungen im Apothekenwesen nicht allein beseitigt, sondern daß auch ihre Wiederkehr verhindert würde. Um allen Uebelständen abzuhelfen, gebe es nur ein Mittel, und zwar entweder die Verstaatlichung oder die Kommunalisierung der Apotheken. Die Kommunalisierung sei die beste Lösung. Der Redner erörterte dann die praktische Ausführbarkeit des Planes nach folgenden, geschichtlich feststehenden Grundzügen: Vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes dürfen neue Genehmigungen zur Eröffnung oder zum Betriebe von Apotheken nicht mehr erteilt werden. Die bestehenden übertragbaren und veräußerlichen, sowie die bestehenden Apothekerberechtigungen erlöschen an einem bestimmten Tage, die persönlichen, nicht übertragbaren Apothekerberechtigungen mit dem Tode des jetzigen Inhabers unter Berücksichtigung der seiner Witwe und seiner minoranen Kinder geschichtlich zustehenden Vergütigungen. In jedem Kreise ist mindestens eine Haupt- oder Stammapotheke einzurichten und mit einem öffentlichen Nahrungsmittelunter-suchungssamt zu verbinden, falls nicht schon in anderer Weise für ein solches Amt Sorge getragen ist. Die bis zum Tage des Inkrafttretens des Gesetzes mit veräußerlicher oder übertragbarer Apothekerberechtigung betriebenen Apotheken sind vom Kreise gegen volle Entschädigung anzukaufen. Ueber die Kostenfrage machte der Referent auf Grund des von der Staatsregierung gesammelten Materials folgende Angaben. Im preussischen Reiche sind im ganzen 3133 Apotheken vorhanden, ihr Durchschnittswert ist auf 153 300 M. ermittelt. Demnach wäre für den Ankauf ein Kapital von „442 Millionen Mark“ aufzuwenden. Sehe man von dieser Summe den Wert der Gebäude ab, so verbleibe noch eine verzinshche Summe von rund 340 Millionen Mark. Rechnet man eine Verzinsung von 4 1/2 Proz. und 1 Proz. Abtragung, so sei jährlich ein Kapital von „16,5 Millionen Mark“ aufzubringen. Die Bruttoeinnahmen aus dem Apothekenbetriebe würden sich auf rund 62 Millionen Mark belaufen, nach Abzug der Kosten dürfe man auf eine Verzinsung des für den Apothekenankauf aufgewendeten Kapitals von mindestens 25 Proz. rechnen.

**Aufhebung der Nacharbeit im Bädergewerbe**, ohne daß das verwöhnte Publikum nötig hätte, den ganzen Tag altes Gebäck zu essen, ist wohl möglich. Dies ist wieder einmal dadurch bewiesen, daß in Parma (Italien) die gesamte Brotwaren-Fabrikation in die Hände einer sozialistischen Produktions-Genossenschaft übergegangen ist, die nur zwischen 5 Uhr morgens und 5 Uhr nachmittags baden läßt! Produzenten sowohl wie Konsumenten sind mit der neuen Einrichtung sehr zufrieden, jene, weil ihre Gesundheit und ihr sonstiges Befinden, letztere, weil die Güte und die Reinheit des Gebäcks sich sofort geboten hat.

Der XIV. Kongreß des Deutschen Vereins der Naturheilkundigen findet am 10. bis 12. September d. J. in Dresden, Gewerbehause, Oststr. 6, statt. Teilnahmekarten sind zu haben beim 1. Vorsitzenden des Vereins M. Camy, Berlin O. 54, Münzstr. 29, I.

## Aus der Frauenbewegung.

**Pankow.** Der neugegründete Verein für Frauen und Mädchen von Pankow und Schönhausen hält Donnerstag, den 11. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Wierke, Berliner- und Mühlenstraßen-Ecke, seine erste Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Vortrag der Frau E. Thier über: „Der Wert der Bildung für die Frauen.“ Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Erster Berliner Wahlkreis.** Dienstag, den 16. August, Wahlvereins-Versammlung in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Genossen Dr. Max Lorenz über: „Warum laufen wir Ausland nach?“ Diskussion. Gäste, auch Damen, haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Charlottenburg.** Heute abend 7 1/2 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins in den Victoria-Sälen, Hermannstr. 49, statt. In Anbetracht der wichtigen zur Verhandlung stehenden Punkte ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder unbedingt erforderlich. Gäste, auch Frauen als solche, haben Zutritt.

## Lokales.

**Wenn man einen Schulknecht befehlen will.**

Wer sich mit Schulknechten einläßt, der zieht dabei gewöhnlich den Kürzeren. Das mindeste, worauf er sich gefaßt machen darf, ist ein polizeiliches Strafmandat wegen Erregung eines Aufruhrs, Verübung groben Unfugs usw. Zu seinem Schaden hat das dieser Tage wieder ein Mann erfahren müssen, der nicht ein stummer Zuschauer bleiben wollte, als in seiner Gegenwart ein Schulknecht seiner Amtspflicht zu eifrig nachkam. Er hielt es für sein Recht, den Beamten darüber zu belehren, daß er im Irrtum sei und sich vergriffen habe. Aber die Geschichte hat für ihn damit geendet, daß die Polizei ihm selber eine Lehre gab.

Der vorwige Schulknecht, ein Tischler, hatte auf dem Alexanderplatz sich auf einer Bank niedergelassen, um auszurufen. Neben ihm saß ein junger Mann, der den Kopf hängen ließ. Auf den Tischler machte er den Eindruck, daß ihm unwohl sei. Als bald hatte auch ein Schulknecht den hängenden Kopf bemerkt, aber da Schulknechte die Menschen mit andern Augen zu betrachten pflegen, als wir gewöhnlichen Staatsbürger, so war dem Beamten sofort klar, daß der Kopfhänger nicht krank war, sondern nur schlief. Und alldieweil es selbst bei ärgerster Sonnenglut nicht gebildet werden kann, daß jemand an helllichten Tage auf offener Straße einnickt, so kam der schärfsichtige Beamte auf den in flagranti ertappten Schläfer zu und nötigte ihn aufzustehen und weiterzugehen. Indem er ihm dabei half, entwickelte er mehr Kraftaufwand, als dem Kopfhänger erwidert war. Aber der Schulknecht kannte seine Pflicht, ließ sich auf keine Unterhandlungen ein und brachte den Säumigen rasch auf die Beine. Das war nun aber seinem Nachbar, dem Tischler, ganz und gar nicht recht. Weil er, wie gesagt, den jungen Mann für krank hielt und durch die von ihm gestammelten Entschuldigungen in dieser Ansicht bestärkt wurde, so stellte er den Schulknecht wegen der nachdrücklichen Art seiner Hilfeleistung zur Rede. Im nächsten Augenblick hatte der Schulknecht ihn selber beim Wadel und ging mit ihm los. Jetzt erklärte mit einem Mal der Tischler, auch er sei krank, er habe am Tage vorher einen Rippenbruch erlitten. In der That hatte er sich eben erst bei einem Arzt untersuchen lassen, war dann mit dem auf „Rippenbruch“ lautenden Krankenschein (den wir gesehen haben) nach dem Bureau der Orts-Krankenlasse der Tischler gegangen und hatte auf dem Heimwege sich auf dem Alexanderplatz ausruhen müssen. Aber der Schulknecht ließ sich auch ihm gegenüber auf keine Verhandlungen ein, sondern brachte ihn im Schub auf die nächste Polizeiwache. Dort oben nahm dann die Sache den üblichen Verlauf. Als der trank Tischler nach längerem Bemühen wieder freigegeben wurde, wies er auf seinen Kopf hin, der die Verletzung mit der Polizei nicht vertragen hatte und aus den Nähten gegangen war. Er meinte, daß er so doch nicht über die Strafe gehen könne, aber ein paar der anwesenden Schulknechte gaben ihm zu verstehen, daß es doch rascher sei, sich nun schleunigst zu empfehlen. Als der Entlassene noch fragte, ob man ihm nicht Name und Nummer des Schulknechts nennen wolle, antwortete man: „Das kriegen Sie über acht Tage zugehickt!“

Der Mann wollte nicht recht glauben, daß die Polizei so entgegenkommend sein und sich diese Mühe machen werde. Er ging daher am andern Tage noch einmal zur Wache und trug einem Wachtmeister den Fall vor. Auf Verlangen gab ihm der schon jetzt Nummer und Namen des Schulknechts an, aber als unser Tischler auf den Kopf und den Rippenbruch zu sprechen kam, wurde ihm erwidert, die Polizei sei doch nicht dazu da, ihm seine Sachen zu klären, und man könne auch nicht von einem Schulknecht verlangen, daß er einen Sifstierten gleich auf der Strafe ärztlich untersuchen lasse. In der nächsten Woche wurde dann dem Tischler Name und Nummer des Schulknechts tatsächlich noch schwarz auf weiß zugesandt. Die Zuschrift begann: „Sie haben am 27. Juli dieses Jahres gegen 3 1/2 Uhr nachmittags auf dem Alexanderplatz, Ecke Brunerstraße, dadurch groben Unfug erregt und einen Aufruhr erregt, daß Sie, als ein Aufsichtsbeamter einen auf der Bank schlafenden Mann weckte, laut skandalisierten und schimpften. Der wiederholten Aufforderung eines Aufsichtsbeamten, sich ruhig zu verhalten und weiter zu gehen, haben Sie keine Folge geleistet. Die Uebertretung wird bewiesen durch das Zeugnis des Schulknechts Knaak, 4898.“ Aus dem übrigen Inhalt des Schreibens ersah der Empfänger, daß sein Versuch, einen Schulknecht zu belehren, mit fünf Mark bewertet worden ist.

**Aus den häßlichen Heimstätten für Gensende** bekommt das Heimstättenkuratorium allwöchentlich die vorgezeichneten Berichte über die Frequenz. Diese Berichte lauten nun schon seit Monaten übereinstimmend: „Es ist kein Bett frei!“ Die frei werdenden Betten werden jedesmal sofort wieder belegt. An Anwärtern ist ja kein Mangel; es sind so viele vorgemeldet, daß beispielsweise in Göttergog, der Heimstätte für lungenkranke Männer, die Wartezzeit jetzt schon längst nicht mehr nach Wochen, sondern nach Monaten zählt.

Die Berichte enthalten Angaben auch über diese Vormeldungen und über die Wartezzeit. Schon im Frühjahr haben wir mehrfach darauf hingewiesen, wie von Woche zu Woche die Zahl der Vormeldungen immer mehr anstiehwoll und dementsprechend die Wartezzeit immer mehr sich verlängerte. Im Juni und Juli haben diese Zustände sich natürlich noch bedeutend verschlimmert. Die erste Hälfte des Juli bildet in der Regel den Höhepunkt. In seiner zweiten Hälfte begannen die Vormeldungen nachzulassen, und es verringert sich dann auch wieder die Wartezzeit, die den jetzt etwa noch um Aufnahme nachsuchenden Pfinglingen zugemutet werden muß. Es ist begreiflich, daß der Mangel schon so zeitig beginnt; denn wer sich im Juli beispielsweise für Blankenburg (gensende Frauen und Wöchnerinnen) meldet, der kommt erst im September heran, und wer in Göttergog aufgenommen werden will, muß sich bis zum Oktober gedulden, wo da draußen schon wieder der unfreundliche Herbstwind über die abgeernteten Acker streicht.

Diesmal ist der Umschwung noch etwas später als sonst eingetreten. Nur in der Heimstätte Deinersdorf (gensende Männer) werden nächstens wieder normale Zustände sein. Am letzten Sonntag waren dort nur noch sieben Personen vorgemeldet und die Wartezzeit dauerte nur noch zwei Tage. Dagegen waren an demselben Sonntag noch vorgemeldet: 129 Personen in Blankenburg (gensende Frauen und Wöchnerinnen), 81 Personen in Blankenburg und Malchow (beide für lungenkranke Frauen), 218 Personen in Göttergog (lungenkranke Männer), und die Wartezzeit dauerte: für

Blankenburg noch 54 Tage, für Blankenburg und Malchow 29 Tage, für Göttergog 82 Tage. Wer also für Göttergog sich Anfang August gemeldet hat, der hat Aussicht, Ende Oktober aufgenommen zu werden! Wir haben oft gezeigt, daß solche Zustände zu danken sind der Langsamkeit und Lässigkeit, mit der der Magistrat und die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten an die Vernehmung der Heimstätten herangegangen sind. In der Stadtverordneten-Versammlung ist ja erst wieder bei der diesjährigen Etatsberatung dem Socialdemokraten, die den Mangel an Heimstätten beklagten, vom Magistrat ganz dreist geantwortet worden, die Stadt thue in dieser Hinsicht immer noch mehr, als ihre Pflicht sei.

**Falsche Fleischstempel.** Berliner und Reinickendorfer Kriminalbeamte haben bei einer nächtlichen Untersuchung mehrerer Fleischereien in Reinickendorf ein geradezu haarsträubendes Ergebnis erzielt. Am 14. v. M. wurde der auf dem Schlachthofe Berlin an der Eibenstraße angelegte Stempeler Christian Schallnat aus der Kochhausstraße 19 angehalten, weil er mit einem Fleischstempel auf Reinickendorfer Gebiet betreten wurde. Seit längerer Zeit wurde ein reger Verkehr zwischen ihm und Reinickendorfer Schlächtermeistern beobachtet. Schallnat hatte sich nun zur Erklärung seiner Anwesenheit mit dem Stempel das folgende Märchen ausgedacht. Er habe den Stempel in einem Wirtshause der Dirschenstraße an der Markthalle gefunden und dabei beobachtet, wie zwei Schlächter den Stempel suchten und zwei Meister in Reinickendorf nannten. Er sei auf dem Wege, den Eigentümern den Stempel auszuliefern. Das Gegenteil wurde ihm damals nicht nachgewiesen, so daß er entlassen werden mußte. Bei seinen Vernehmungen machte er aber sich widersprechende Angaben, so daß er später festgenommen wurde. Der Kriminalpolizei gelang es, in einem 70jährigen Mann den zu ermitteln, der den Stempel auf Bestellung an Schallnat geliefert hatte. Jetzt sollten auch die Meister ermittelt werden, die infolge falscher Stempelungen minderwertiges und krankes Fleisch nach Berlin auf den Markt bringen. Ein Berliner Kriminalkommissar besetzte daher zwei Geschäfte in Reinickendorf und hielt unter Hinzuziehung des Professors Eggeling von der königlichen Hochschule bei den Meistern Koch, Amendstr. 94, und Koch, Amendstraße 9, Durchsuchungen ab. An der ersteren Stelle wurden mehrere Stücke tuberkulösen Fleisches und eben solche Leber beschlagnahmt; an der letzteren fand man geradezu haarsträubende Zustände. Schon beim Betreten des Grundstückes schlug den Beamten ein pestartiger Geruch entgegen. In einem Blechkasten auf dem Hofe stand tuberkulöses Fleisch, das schon mehrere Wochen alt und in Fäulnis übergegangen war. Die Dungegrube wurde zum Aufbewahren der Geflügel von den geschlachteten Tieren benutzt. In einem im Schlachthaus eingemauerten Kessel, der 1 1/2 Meter im Durchmesser hat, befanden sich Fleischabfälle, die von Ratten wimmelten. Auf die Frage des Professors und der Beamten, was mit dem tuberkulösen und verfaulten Fleisch geschehe, antwortete Meister Koch, daß er es erst völlig vertreiben lasse und dann Scheweine damit füttere. (Guten Appetit!) Dem Fleischbeschauer Meßberg, den man ebenfalls hinzugezogen hatte, waren die Fragen der Beamten sehr peinlich und er nahm plötzlich eine Sublimatpille. Die Beamten hatten dies gesehen: er mußte sie ausspeien und sollte, nachdem ihm ein Arzt den Magen ausgespült hatte, nach einem Krankenhaus gebracht werden. Dem widersetzte er sich aber und konnte auch schließlich entlassen werden. Beide Schlachthäuser wurden amtlich geschlossen. Als aber die Beamten den Rücken wandten, war Herr Koch jun. durch eine zweite Thür, zu der anfangs kein Schlüssel vorhanden war, wieder in das Schlachthaus getreten, um in Verwesung übergegangenenes Fleisch zur Herstellung von Wurst einzusalzen.

Die Untersuchungen der Kriminalpolizei haben zu einem immerhin wichtigen Ergebnis geführt. Außer dem Messingstempel, den der Stempeler Schallnat führte, waren noch Kupferstempel in Gebrauch. Diese hat der Schlächter Wiebecke aus Rixdorf vertrieben. Er wurde gestern aus Rixdorf nach der Berliner Kriminalpolizei geholt und hat bei dem mit ihm vorgenommenen Verhör einen Handel mit Stempeln auch zugestanden. Er ließ die Stempel in Berlin herstellen und verkaufte sie an die Schlächtermeister, die damit ihr Fleisch stempelten und es dann auf den Markt brachten. Auch aus Weihensee wurden der Schlächtermeister Fink und die Frau Wehm geholt, die ebenfalls einen solchen Stempel gebraucht haben. In vielen Fällen ist der Nachweis, daß die verdächtigen Meister falsche Stempel besaßen, nicht gelungen, da über die Angelegenheit Schallnat eine Notiz in die Presse gelangte und einer Anzahl von Meistern die Notwendigkeit an die Hand gab, sich der Stempel schleunigst zu entledigen. So ist auch zu erklären, daß von verschiedenen Stellen aus Reinickendorf und Weihensee in der letzten Zeit nur wenig Fleisch im Vergleich zu früher in den Handel gebracht wurde.

**Aus dem Fenster sprang** Dienstagmittag 2 1/2 Uhr in der Prinzenstraße 101 eine unbekannt Frau, die sich, nachdem sie Jodett und Hut abgelegt hatte, aus dem Bodenfenster auf den Hof herabstürzte. Die unglückliche, die schwere innere Verletzungen und einen mehrfachen Bruch des linken Beines erlitt, wurde durch einen berittenen Schulknecht per Droßknecht nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

**Ein schredlicher Unglücksfall** ereignete sich am Dienstagmorgen in der Reichardtstraße in Rixdorf. Der bei der Großen Berliner Straßenbahn angestellte 29 Jahre alte Oberkassierer Friedrich Dreßknecht revidierte die Oberleitung, stürzte dabei vom Turmwagen herab und zog sich außer anderen Verletzungen einen komplizierten Schädelbruch zu. Man schaffte den Verunglückten nach dem nahen Krankenhaus, wo er noch während der Einlieferung verstarb.

**In einem Anfall plötzlicher Geistesstörung** wollte sich die unberechnete Margarete N. von einem Balkon des Hauses Kaiser Friedrichstr. 125 in Rixdorf auf die StraÙe stürzen, konnte aber noch rechtzeitig zurückgehalten werden. Der hinzugezogene Kreisarzt konstatierte gemeingefährliche Geisteskrankheit, worauf das unglückliche Mädchen durch die Polizei einer Heilanstalt zugeführt wurde.

**Wiederum wird eine Typholvergiftung** gemeldet. Die 44 Jahre alte Beamtenwitwe Martha Krüger aus der Brunnstr. 193 litt an Atemnot und war seit 2 Tagen bettlägerig. Als ihre Wirtin gestern morgen zum Einkaufen ausging, bemerke sie die Zeit, um sich zu vergiften. Sie wurde bewußtlos, aber noch lebend angetroffen; ein Arzt von der Rettungswache III pumpte den Magen aus und ließ die schwer leidende Frau in einem Rettungswagen nach einem Krankenhaus bringen. Wie sie zu dem Typhol gekommen ist, von dem noch ein Rest auf dem Tische stand, ist nicht bekannt.

**Eine brave That!** Am Sonnabend, den 7. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr stürzte ein 12jähriger Knabe aus Unvorsichtigkeit bei der Gasanale in der Nähe der sogenannten Schillerwiege zu Charlottenburg in den „Verbindungsanal“ und war in der Gefahr des Ertrinkens, da der Kanal dort ziemlich tief ist und die abschüssigen, gemauerten Uferquales ein Herauskommen unmöglich machen. In der höchsten Gefahr sprang der des Weges kommende Gasarbeiter Albert Diebke, Berlin, Endenerstraße 14 wohnhaft, in voller Kleidung dem schon zum zweitenmal untergesunkenen und wieder auftauchenden Knaben nach und rettete ihn mit eigener Lebensgefahr vor dem Tode des Ertrinkens. Der Knabe ist mit dem unfreiwilligen Wabe und dem Schreck glücklich davongelommen.

**Feuerbericht.** Ein Dachstuhlbrand kam gestern in der Wallner-Theaterstr. 37 aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Die Feuerwehre mußte längere Zeit Wasser geben, um die Flammen zu



Wischen. Gleichzeitig hatte die 2. Compagnie in der Großen Frankfurterstr. 116 zu thun, wo ein größerer Brand in einer Schuhmacherei ausgebrochen war und u. a. Ledervorräte brannten. Gestern abend um 8 1/2 Uhr erfolgte ein Alarm nach der Schloßfreiheit. Vor dem Nationaldenkmal schlugen aus einem der Handelaber infolge elektrischer Kurzschlüsse mächtige Flammen empor. Die Leitung wurde gelöst. Schälbeden und Balken brannten Friedr. 113, Gardinen, Möbel, Papier u. a. Friedenstraße 31, Braunstr. 3 und an anderen Stellen. In der Widowstraße 4 mußte ein Wohnungsbrand gelöscht werden. Durch die Entschlossenheit eines Feuerwagens wurde ein Brand in der Hofmannstraße 17, wo Asphalt sich entzündet hatte, im Entstehen gelöscht.

Bermittelt wird seit dem 7. ds. Mts. der Schüler Walter Stabenow, geboren 15. Oktober 1890 in Pinnow, Kreis Angermünde, Rodenbergstraße 5, bei den Eltern wohnend, 1,60 Meter groß, blond, Augen bläulich, Gesicht länglich und blaß, Velleidet war derselbe mit dunkelgrauem Jadettanzug, blauer Mütze, braunen Segeltuchschuhen, schwarzen Strümpfen, weissem Hemd und chemisett und schwarz kariertem Schlips. Etwaige Mitteilungen über den Verbleib des Stabenow werden in jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 332 II, entgegengenommen. Er wird um Nachricht zur Tagebuch-Nummer 6987 IV 35. 04 ersucht.

In Treptow-Baumfchulenweg ist von dem Turnverein „Jahn“, Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes, welcher sich in erfreulicher Entwicklung befindet, eine Damen-Abteilung gebildet worden, welcher schon eine größere Anzahl Damen beigetreten sind. Die Turnabende finden vorläufig jeden Mittwochabend von 8 1/2-10 1/2 Uhr statt. Damen als Gäste sind sehr willkommen.

Wintergarten. Die Eröffnung der neuen Saison im Wintergarten findet am Dienstag, den 16. August, statt. Der Vorverkauf für die Plätze beginnt am Sonnabend, den 13. August cr.

### Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Die Einwohnerzahl des „Dorfes“ ist am 1. August auf 49 450 gestiegen. — Der Einspruch einiger Grundbesitzer, denen sich auch einige Gemeindevorsteher als „Privatpersonen“ angeschlossen haben, gegen das Ortsstatut vom 30. Oktober 1902, dem rückwirkende Kraft bis einschließlich 1897 beigelegt wurde und nach welchem die Grundbesitzer zu 75 Proz. der Bürgersteig-Regulierungsarbeiten herangezogen werden sollen, ist nun auch vom Bezirksausschuß als der zweiten Instanz zu Gunsten der Gemeinde entschieden. Da bekanntlich die „Grundbesitzer“ ein „besonderes Interesse“ an der Entwicklung der Gemeinde bekunden, dürfte der Prozeß noch nicht beendet sein. Als Entschädigung für die Wiederlage der „Privatpersonen“ teilt das hiesige „Ortsblatt“ zum Ruh und Frommen der „Interessenten“ das Altkennzeichen des „Prozesses Hauschild“ zur gefälligen Kenntnisnahme mit. In diesem Prozeß haben bekanntlich die Grundbesitzer endgültig erstritten, daß eine Oberwanz am Dreieck besteht und demzufolge die Gemeinde den Grundbesitzern die bis 1896 aufgewendeten Bürgersteig-Regulierungsarbeiten zurückzuerstatten muß. Grundbesitzer George will der Gemeinde beweisen, daß „man“ seinen Willen nicht ungestraft außer acht lassen darf. Die Stadt Berlin hat mit den Kanalisationsarbeiten in der Scharnweberstraße aufgehört, weil Herr George, obwohl im Mai von ihm die Verpflanzung eingegangen war, innerhalb vier Wochen das benötigte Straßengrund zur Freilegung der Scharnweberstraße los- und lassenfrei aufzulassen, die Auffassung noch immer nicht bewirkt und nun das Verleihen seines Grundstücks unterlag! Durch diese Maßnahme will G. die Gemeinde zwingen, die Erteilung eines Pfaffenkonjenses für die Straße 35 zu beschleunigen, obwohl ihm bekannt ist, daß erst die Schulhausbaufrage in dem Ortsteil geregelt werden muß. Ermutigt zu einem solchen Beginnen ist der Herr durch das bisherige Entgegenkommen gegenüber dem „Grundbesitz“! Daß wieder einmal ein „Grundbesitzer“ sein Gemeindevorsteher-Mandat nicht ausüben kann, weil bei ihm — Steuern nicht einzuziehen sind, sei nebenbei erwähnt.

Schöneberg. Das städtische Statistische Bureau hat bezüglich des Grundstückswechsels, der in diesem Jahre hierher stattfand, hat folgende Aufzeichnungen zusammengestellt. In den ersten 6 Monaten haben 193 Grundstücke, und zwar 113 bebaut und 80 unbebaut den Besitzer gewechselt. Mit Ausschluß der durch Vererbung oder Schenkung in andere Besitz übergegangenen Grundstücke, deren Zahl 11 beträgt, stellt sich der Gesamtumsatz für die bebauten Grundstücke auf 25 1/2 Millionen Mark, und für die unbebauten auf 13 Millionen Mark, zusammen auf 38 1/2 Millionen Mark. — Die Legung des großen Schöneberger Kanalisationsdruckrohrs nach den Kieselgütern bei Ragow-Brusendorf ist jetzt innerhalb der Gemauerung Tempelhofer in Angriff genommen worden. Die Einlegung des einen Meter im Durchmesser umfassenden Druckrohrs hat die Gemeinde Tempelhof nur unter der Bedingung gestattet, daß sie berechtigt ist, ihre Abwässer aus dem jetzigen Gemeindebezirk, ausschließlich des fiskalischen Tempelhofer Feldes, in die Schöneberger Kanalisation überzuführen. Nach Fertigstellung der Tempelhofer Straße wird unverzüglich mit der Verlegung innerhalb des Gemeindebezirks von Brüg begonnen werden, welches ebenfalls seine Abwässer in die Schöneberger Kanalisation überführt. — Wir wollen hoffen, daß durch die gemeinsame Benutzung der Kanalisation bei dem unvermeidlichen Anwaschen der genannten Gemeinden in späteren Jahren keine Unzutuglichkeiten entstehen werden.

Bei der Mitte Mai d. J. vorgenommenen Erhebung des Schöneberger Wohnungsmarktes wurden 1239 (November 1903 1122) leerstehende Wohnungen ermittelt. Von der Zahl der zur gleichen Zeit überhaupt vorhandenen 32 800 Wohnungen (November 1903 31 158) bildet die angegebene Zahl 3,78 Prozent (3,60 Proz.). Es ist somit nur eine geringe Zunahme des relativen Angebots festzustellen. Der Anteil der unvermieteten Wohnungen beträgt bei den kleinen 1,98 (1,74 im November 1903), bei den mittleren mit 2-4 Zimmern 4,80, bei den größeren Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern 8,44 Proz. (8 Proz.). Der Ueberfluß an leerstehenden großen und mittleren Wohnungen gegenüber den kleinen ist also auch hier wieder festzustellen. Das geringste Angebot von Wohnungen der letzteren Art weist das sogenannte Inselviertel auf, das größte das östliche Gebiet des Friedenauer Ortsteils.

Treptow-Baumfchulenweg. Das Rechnungsjahr für 1903 schloß mit einer Etatsüberschreitung von 11 110 M. ab. Diefelbe ist zum größten Teil durch Zuschläge von Steuerbeiträgen entstanden. Einen Beitrag zur Selbstverwaltung von Steuern liefert eine seit 1901 schwebende Eingabe, die Vererbung der Volksschullehrer der Gemeinde zu überlassen. Das Kultusministerium lehnt es natürlich ab, verpflichtet aber, Vorschläge wohlwollend entgegenzunehmen. Einen Antrag einer Anzahl Treptower Einwohner, bis zur Fertigstellung des neuen Schulhauses in der Vondschöcker eine Klasse für die kleinen Schulkinder, welche einen Weg von etwa einer Stunde nach dem Amtsschulhaus haben, einzurichten, lehnte die Gemeindevorstellung mit allen gegen die Stimmen unfrei Vertreters ab. Jedoch soll die Schulkommission neue Schulräume beschaffen, wenn die vorhandenen nicht ausreichen. Das dem Fortstichs gehörige leistungsfähige Stück Gelände diesseits des Kanals ist Treptow eingemeindet worden. Zur Anlage eines Hafens an dem Zeltow-Stichkanal zwischen Kieselholzstraße und Cammer Chauffee, gegenüber dem Hafen, welcher der Fortstichs erbauen läßt, wurden 12 500 M. der Kanalverwaltung überwiesen. Das Kanalisationsprojekt erfordert einen Kostenaufwand von 2 900 000 M. Die Druckrohrleitung durch die benachbarten Gemeinden nach den Berliner Kieselgütern Odders hat bis auf Brüg zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Gemeinde Brüg, welche nur durch die Körnerischen Sandgruben die Rohre legen lassen will, verlangt, daß Treptow daselbst Strafen anlegt. Darüber sollen noch weitere Verhandlungen stattfinden. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, eventuell andre Wege ausfindig zu machen. Mit dem Bau der Pumpstationen und Sammelstellen soll im Herbst d. J. begonnen werden. Es steht somit die Vermietung der dritten Etagen in sicherer Aussicht.

Ober-Scharnweide. In der Angelegenheit des von seinem Amte suspendierten Gemeindevorstehers Ehardt bereiten eine Anzahl hiesiger Einwohner eine Petition vor, welche wünscht, daß Ehardt wieder in sein Amt eingesetzt wird, da noch die Berufungsinstanz zu urteilen hat. Bezeichnend ist die Art und Weise, in welcher gewisse hiesige bürgerliche Größen, denen Ehardt in seiner Thätigkeit wohl nicht ganz zu Willen war, durch Verbreitung von allerlei Klatschnachrichten in Berliner Sensationsblättern gegen ihn Stimmung zu machen suchen. Es wird hier in bürgerlichen Kreisen rückhaltlos, als in lobendem Gegenfatz dazu stehend, die Haltung des „Vorwärts“ in dieser Sache anerkannt. Allerdings liegt für die hiesige Arbeiterschaft kein Anlaß vor, anders als vom Standpunkt der Bedeutung für die Gemeinde diese Angelegenheit zu behandeln. Sensation liegt ihr fern.

Profittgier. In dieser Notiz in Nr. 178 des „Vorwärts“ erhalten wir folgende Zuschrift:

Zur Steuer der Wahrheit erwidern wir auf den Bericht aus der 1. Beilage der Nr. 178 des „Vorwärts“ mit der Spitzmarke „Profittgier“ folgendes: Das Urteil des Herrn Verfassers wird durchaus nicht durch Sachkenntnis getrübt, wie wir nachstehend beweisen werden. Die Spandauer Dampfschiffahrts-Gesellschaft besteht bereits seit dem Jahre 1874 und hatte bis zum Jahre 1898 in Regel allein eine eigne Brücke am Tegeler See und erst als Herr Holz sah, daß wir von dort aus dem Verkehr auf dem Tegeler See und der Oberhavel einen ungeahnten Aufschwung gaben, erwarb er sich an dem inzwischen befestigten Vollerort ebenfalls eine Landungsstelle. Dem Herrn Einsender stellen wir gern einen unsrer Fahrpläne, die strikte innegehalten werden, zur Verfügung und bitten ihn, uns einen solchen des „Vater Holz“ von diesem Jahre zu beschaffen. Aus war es noch nicht möglich, einen solchen zu Gesicht zu bekommen. Weil Herr Holz sich eben an keine bestimmte Fahrzeit bindet, waren gerade die Gefahren der Kollisionen am Leuchtturm in dieser Saison besonders groß. Dazu kam noch, daß durch das Anlegen zweier Steerdreien an einer Brücke oft Verkehrsbehinderungen dadurch entstanden, daß Passagiere mit Willens des Herrn Holz von unsern Schiffsführern mit dem Bemerkten zurückgewiesen werden mußten, sie gelten nur zur Fahrt auf den Schiffen des Herrn Holz. Um hierdurch entstandene Verwirrung und Unannehmlichkeiten beim Publikum fern zu vermeiden, stellten wir Herrn Holz unsere Brücke an der Kolkstraße unentgeltlich zur Verfügung. Auch dem Eigentümer der Brücke am Leuchtturm, Herrn Weirauch stellten wir unter Begründung der vorhin genannten Hindernisse schon im Frühling anheim, sich für eine der beiden Steerdreien zu entscheiden. Seine andauernde Unschlüssigkeit bewog uns, bei der zuständigen Behörde im Interesse der Sicherheit des Publikums die Verlegung unserer Abfahrtsstelle nach der Kolkstraße (Tegeler) zu beantragen. Letzteres ist uns auch bereitwillig genehmigt worden.

Des weiteren bemerken wir, daß die in Rede stehende Brücke sechs Jahre länger als die Vordenkstalt besteht, und von uns auch, wenn es erforderlich war, benutzt wurde. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der ganze Bericht auf uns den Eindruck macht, als ob er bestellte Arbeit wäre, dem wir nichts weiter entgegen zu stellen brauchen wie die nackte Wahrheit, wie es oben gesehen ist. Zu näherer Auskunft bitten wir, dem Verfasser bei seinem nächsten Hiersein nicht zu verfehlen, unsern Comptoir in Tegelerort aufzusuchen, wo wir die umfassendste Aufklärung über die Verkehrsverhältnisse auf der Oberhavel und dem Tegeler See bereitwillig erteilen werden.

Unser Gewährsmann bemerkt uns hierzu: Wie bei vielen Verächtigungen, so geht auch hier; man behauptet etwas, was gar nicht behauptet wurde oder aber ganz nebenbei. Ob die Spandauer Gesellschaft bereits im Jahre 1874 eine Anlage hatte, um nach Spandau zu fahren oder nicht, kommt für die Beurteilung der wirtsch. Sache gar nicht in Betracht. Thatsache ist, daß der Einsender bereits vor 15 Jahren mit Holz nach Tegelerort resp. Hettigensee gefahren ist, und daß heute noch eine große Zahl Bewohner vorhanden sind, die ausschließlich von demselben befördert wurden. Ob G. einen Fahrplan besitzt, thut hierbei nichts zur Sache. Ebenowenig, wer schuld an den häufigen Kollisionen, die hier zugegeben werden, ist. In meiner Einfindung habe ich von beiden Unternehmen gesprochen und damit gesagt, daß der eine so schuldig ist wie der andre. Worum es sich dreht, ist folgendes: Die Spandauer Gesellschaft legt nicht mehr an der Anlagestelle Leuchtturm an, weil auch der andre Unternehmer dort beilegt. Eine große Zahl in dieser Gegend wohnender Personen sind daher gezwungen, wenn sie nach Spandau oder Tegeler fahren wollen, einen großen Umweg zu machen, um die neue Haltestelle zu erreichen. Der Besitzer des Grundstücks zwischen Leuchtturm und Anlagestelle hat durch Anschlag bekannt gegeben, daß der Weg durch sein Gehöft nur für Zweidreieck gestattet wird. Viele der Sommergäste, die darauf halten müssen, pünktlich ihre Wirkungsstätte zu erreichen, und die im Vertrauen auf den für diesen Sommer festgelegten Fahrplan in der Gegend gemietet haben, sind in eine heille Lage geraten. Und ein Verkehrs-Institut hat dem Publikum gegenüber eine gewisse Rücksicht zu üben. Daß die Brücke an der Kolkstraße selbst älter ist als die Vordenkstalt, wird gar nicht bestritten. Aber darauf kommt es auch gar nicht an. Es handelt sich hier um das unangenehme Faktum, daß das Baden daselbst nicht mehr den Genuß gewährt, wie in früherer Zeit. Das Wasser am Ufer ist selten so rein, wie inmitten des Sees. Die Badenden zogen vor, weit hinaus zu schwimmen, um sich zu erholen. Jetzt wird durch die neue Anlagestelle das Wasser noch schlechter, den Badenden wird aber auch die Möglichkeit genommen, hinaus zu schwimmen, weil jeden Augenblick Dampfer vorbeifahren. Das sind alles Unannehmlichkeiten, die meines Erachtens durch die Rigorosität der Gesellschaft hervorgerufen sind und deren Einführung durch den Profit diktiert wurde. Dieses zu kennzeichnen, war der Zweck der Zeilen. Der zum Schluß der „Verächtigung“ gemachte Hinweis der bestellten Arbeit charakterisiert dieselbe zur Genüge. Bisher hat Einsender seine Ferien oder gar eine Verurlaubung wegen Erkrankung nicht benutzt, um Nebenarbeiten für jemand zu verrichten — auch für eine Dampfer-Gesellschaft nicht!

### Aus der Stadtverordneten-Sitzung in Spandau.

Ohne wesentliche Debatte bewilligte die Versammlung die geforderten 22 700 M. für die Pflasterung der Charlottenburger Chauffee, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der zu pflasternde Teil gleichzeitig auch mit den nötigen Rohrleitungen für Wasser- und Entwässerung, sowie für Gas versehen wird. — Die „Polizei-Angelegenheit“, welche hierauf zur Verhandlung kam und die außerordentliche Sitzung veranlaßt hat, wurde von dem Stadtv. Sturm (Konf.) und Neger (Soc.) dazu benutzt, um dem Magistrat bezw. Ober-Bürgermeister als dem treibenden Keil in dieser Sache, zu seinem außerordentlichen Eifer, die Verwaltung der städtischen Polizei der Regierung in die Hände zu spielen, ein paar derbe und unverblühte Wahrheiten zu sagen. Nachdem mehrfach bereits seitens der Stadtverordneten die Verstaatlichung der Polizei abgelehnt worden war, wobei sich der Oberbürgermeister damals sogar als Gegner der Verstaatlichung bekannt hatte, mußte es jetzt natürlich überraschen, daß der Oberbürgermeister in jüngster Zeit so außerst energisch die Verstaatlichung der Polizei betrieb.

Im Frühjahr d. J. haben die Stadtverordneten zuletzt ein solches Ansuchen abgelehnt, nichtsdestoweniger aber trichen eines Tages eine Abordnung der Regierung in Spandau, um in wenigen Stunden, durch eine Droschken-Rundfahrt durch die Stadt, die lokalen Verhältnisse zu studieren. Das Ergebnis dieser Studienfahrt war denn auch, daß sich die Kommission von der Notwendigkeit überzeugt hat, daß die vorhandenen Polizeikräfte bei weitem nicht ausreichen und daß auch fünf neue Polizeiwagen (!) einzurichten wären. Diese Studienfahrt wurde in der Versammlung nach Gehör kritisiert, und ziemlich allgemein wurde der Wunsch laut, die Herren Regierungsvertreter, die bisher nur recht einseitig informiert seien, möchten doch einmal zu einer

Sitzung der Kommission erscheinen, deren Einsetzung der Magistrat heute beantragt. Genosse Neger fragte den Magistrat so von ungefähr, ob man denn etwa in nächster Zeit ein paar Bombenattentate in Spandau erwarte, denn es sei absolut nichts geschehen, was die Vermehrung der Polizeikräfte rechtfertigen könnte. Schließlich werden in die gemischte Kommission zehn Mitglieder aus der Versammlung, darunter unsere Genossen Pieper, Neger und Scholz gewählt. In geheimer Sitzung werden u. a. noch die drei Vertrauensmänner für die Feststellung der Schöffens- und Geschworenenliste gewählt. Hierbei wählte die Versammlung zum erstenmal auch einen Socialdemokraten in der Person des Stadtv. Dusch.

Spandau. Ueber den Wert eines Regierungsversprechens stellen die Arbeiter der hiesigen Staatsbetriebe zur Zeit praktische Betrachtungen an. Nachdem die Forderung der Staatsarbeiter nach einer gründlichen Aufbesserung ihrer Löhne in den letzten Jahren stets mit dem Hinweis beantwortet wurde, daß in Bälde die im Gange befindlichen amtlichen „Erhebungen“ zum Abschluß gelangen sollten und daß alsdann mit Sicherheit eine gründliche Abänderung der geltenden Lohnordnung zu erwarten sei, haben sich die Vertrauensseligsten unter den Staatsarbeitern in der jühen Hoffnung getrübt, daß ein solches Versprechen doch zweifellos auch gehalten werden würde. Gelegentlich der diesjährigen Beratung des Militär-Etats im Reichstage wurde aber vom Ministerium aus der Monat Mai als der Zeitpunkt bezeichnet, bis zu welchem das verheißene Wunderkind, genannt die neue Lohnordnung, voraussichtlich geboren werden würde. Nun ist der Monat Mai verstrichen und es ist fast ein weiteres Vierteljahr darüber ins Land gegangen, aber von der neuen Lohnordnung ist nichts zu hören und zu sehen. Nachgerade sollte auch dem einfältigsten Arbeiter die Erkenntnis dämmern, daß das sicherste und zuverlässigste Mittel, seine Lage zu verbessern, einzig die gewerkschaftliche Organisation ist, und daß man nur dann sicher sein kann, in seinen Erwartungen nicht getäuscht zu werden, wenn man nicht geduldig auf ein Einsehen der in Betracht kommenden Instanzen hofft und harret, sondern frisch ans Werk geht, sich das mutig zu erlämpfen, was den Arbeitern unter nichtigen Ausflüchten verweigert wird! Der gegenwärtige Lohnkampf in der „Mutterhude“ von Drenth u. Koppel sollte endlich auch die Staatsarbeiter dazu bringen, sich der Lethargie zu entziehen!

### Briefkasten der Redaktion.

G. Z. Ueber Verleger und Drucker des Blattes „Deutsches Reich“ ist uns nichts bekannt.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnung: 7 Uhr.

A. 26. Das Versprechen enthält die rechtsgültige Zusage der Erhöhung des Lohnes um ein Monatsgehalt für diejenigen, die ein Jahr im Betriebe thätig sind. Wer am 1. Januar eingetretten ist und 80 Mark monatlich Gehalt erhielt, hat am nächsten 1. Januar 80 Mark extra zu verlangen. Diese Gehaltsforderung ist wie jede andre beim Gewerbegericht einzulagen. — G. G. 30. 1. Der Stadt Berlin steht (auf Grund der §§ 50 ff. Titel 19 Teil II R.-L.-R. und des Restripts vom 2. Juli 1891) ein Erbrecht auf den ganzen Nachlaß der bis an ihr Lebensende anseherhalb einer städtischen Armenanstalt (a u s e n d) unterstehenden Personen zu. Obenso steht ihr ein Erbrecht in den Nachlaß der unentgeltlich bis zu ihrem Ableben in den Anstalten verpflegten Hospitalisten zu. In dem Fall, daß solche Personen eine Ehefrau oder eheliche Nachkommen hinterlassen, steht diesen der Pflichtteil zu. Soweit ihre Anträge erkennen läßt, kann in Ihrem Fall von einem Erbrecht keine Rede sein. Es ist im Interesse einer genauen Beantwortung dringend zu raten, nicht allgemein gebräuchliche Fragen zu formulieren, sondern den Fall selbst genau zu schildern und an die Schilderung die Frage anzufügen. 2. Das Erbrecht tritt erst mit dem Tode des zu Vererbenden in Kraft. Werden die Kinder Erben, so erben sie auch die Schulden mit. Ob in Preußen seit dem 1. Januar 1900 den Armenverbänden ein Recht auf Rückzahlung zusteht, ist streitig. Die Frage ist nach zutreffender Ansicht zu verneinen. In verneinendem Sinne hat das Reichsgericht bereits vor dem 1. Januar 1900 für die Rheinprovinz und das hannoversche Gebiet entschieden. Eine nach 1900 erlassene Entscheidung des Reichsgerichts auf diesem Gebiete ist uns nicht bekannt. 3. Der Tod glebt den Erben das Recht, den Nachlaß unter Einhaltung einer Vierteljahrfrist vorzeitig zu liquidieren. Ist der Tod in der Zeit vom 1. Juni bis 30. September erfolgt, so kann: also der Erbe und der Witte den länger laufenden Vertrag bis am 3. Oktober zum 1. Januar kündigen. — G. B. 4016. 1. und 2. Ja. 3. und 4. Nein. — A. 15. Gegen den Ausweisungsbefehl steht Ihnen als Deutscher — Ausländer haben das Recht nicht — Beschwerde an den Landespräsidenten, gegen dessen ablehnenden Bescheid Klage beim Oberverwaltungsgericht zu. Erst nach rechtskräftigem Urteil dieses Gerichts tritt der Befehl für Sie in Kraft. Sind Sie in der That nur wegen Jagdvergehens bestraft, so ist selbst bei der reaktionären, polizeilich vorgebildeten Anschauung des Oberverwaltungsgerichts nicht anzunehmen, daß Ihre Klage erfolglos sein wird. Die Art der Straftat muß „gemeinlich“ für die Gemeinwesen sein. Die Verurteilung in Berlin auf halbesamem Tischen dürfte auch vom Oberverwaltungsgericht eher als mäßig wie gemeinlich erachtet werden und ist nicht strafbar. — M. O. Ja. — R. 1. Ueber nicht. — Revidendensur. 25. Ja. — 9. 1. Wenden Sie sich an einen wissenschaftlich vorgebildeten Arzt, zu dem Sie Vertrauen haben. Grundtätig lehnen wir es ab, bestimmte Rerzte oder bestimmte Kliniken zu empfehlen. 2. Es ist möglich, gegen die Forderung auszuweichen. Daß eine Nachforderung aus dem Accept befehlt, hat der Teilamentsvollstrecker zu beweisen. Reineswegs ist durch Nichterfüllung der Forderung im Testament diese getilgt. — Tigner. Der Austritt aus der Kirche in Preußen geschieht durch Erklärung i. m. vor dem Amtsgericht des Wohnorts der Ausretenden. Sie können also in Berlin die Austrittserklärung nur abgeben, wenn Sie in Berlin wohnen. Sie wohnen in Sachsen und müssen deshalb bei dem Amtsgericht ihres dortigen Wohnortes den Austritt erklären. Nach dem sächsischen Gesetz vom 30. Juni 1870 sind Sie austrittsberechtigt, wenn Sie älter als 21 Jahre sind. Sie müssen den Austritt zu gerichtlichem Protokoll erklären, dabei aber glaubhaft nachweisen, daß Sie dem Kaiser Ihre Parodie vier Wochen vorher die Absicht ausdriicken zu erkennen gegeben haben. Das sächsische Gesetz findet auch auf nicht-sächsische Staatsangehörige Anwendung, die in Sachsen ihren dauernden Wohnort haben. Es kann die persönliche (mündliche) Anzeige beim Pariser gefordert werden.

Marktpreise von Berlin am 8. August. Nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen\*\*), gute Sorte 17,85-17,95 M., mittel 17,79-17,76 M., geringe 17,73-17,70 M. Roggen\*\*), gute Sorte 14,05-14,04 M., mittel 14,03-14,02 M., geringe 14,01-14,00 M. Futtergerste\*\*), gute Sorte 14,20-14,10 M., mittel 14,00 bis 13,90 M., geringe 13,20-12,50 M. Hafer\*), gute Sorte 16,40-15,70 M., mittel 15,60-15,00 M., geringe 14,90-14,30 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-28,00 M. Speldebohnen, weiße 50,00-26,00 M. Linsen 60,00-25,00 M. Karoffeln, neue, 12,00-8,00 M. Rübrikolb 0,00-0,00 M. Den 0,00-0,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60-2,00 M. Eier per Schock 4,00-2,40 M. \*) Drei Wogen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Wasserstand am 8. August. Elbe bei Ruffig — 0,76 Meter, bei Dresden — 2,19 Meter, bei Magdeburg + 0,02 Meter. — U n t e r 1 bei Staßfurt + 0,90 Meter. — O b e r bei Rattibor + 0,71 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 4,14 Meter, bei Breslau Unter-Pegel — 1,88 Meter, bei Frankfurt + 0,18 Meter. — B e i s e l bei Frankmünde + 1,72 Meter. — B a r t h e bei Posen — 0,00 Meter. — R e g e bei Uch + 0,25 Meter.

### Witterungsübersicht vom 9. August 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	
Swinemünde	760	SW	4	bedeckt	15	Opavanda	751	NO	2	bedeckt
Damberg	763	SW	3	wolfig	16	Petersburg	743	W	2	Regen
Berlin	763	SW	4	wolfig	15	Corf				
Frankfurt a. M.	766	SW	3	halb bb.	16	Aberdeen	765	SW	3	halb bb.
München	767	D	2	Regen	15	Paris	766	SW	1	wolfig
Wien	765	SW	1	bedeckt	19					

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 10. August 1904. Ziemlich kühl, vielfach trübe mit schwachen Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.



1.ziehung 2. Klasse 211. St. Pr. Z. 1112

Table with 2 columns: numbers and their corresponding values in the first lottery drawing.

1.ziehung 2. Klasse 211. St. Pr. Z. 1112

Table with 2 columns: numbers and their corresponding values in the second lottery drawing.

1.ziehung 2. Klasse 211. St. Pr. Z. 1112

Table with 2 columns: numbers and their corresponding values in the third lottery drawing.

1.ziehung 2. Klasse 211. St. Pr. Z. 1112

Table with 2 columns: numbers and their corresponding values in the fourth lottery drawing.

Advertisement for 'Kleiner Anzeiger' (Small Advertisements) with a logo and introductory text.

Main advertisement for 'Kleine Anzeigen' (Small Advertisements) featuring a large title and detailed information about the publication.

Advertisement for 'Anzeigen' (Advertisements) with a logo and text regarding advertising rates and services.

Advertisement for 'Verkäufe' (Sales) listing various items for sale such as furniture, clothing, and household goods.

Advertisement for 'Verschiedenes' (Miscellaneous) listing various services, real estate, and other offerings.

Advertisement for 'Vermietungen' (Rentals) listing available properties and rental terms.

Advertisement for 'Arbeitsmarkt' (Job Market) listing various job openings and employment opportunities.



Vermischtes.

Sur Eisenbahn-Katastrophe der Missouri-Pacific-Bahn berichtet „Daily Mail“, daß ein fürchterlicher Wollenbruch die Gängen der Brücke unterworfchen hatte. Die Lokomotivführer waren wegen des strömenden Regens und der Dunkelheit nicht im Stande, etwas zu sehen. Nachdem die Lokomotive die Brücke passiert hatte, überschlug sie sich und fiel, den Rauch, Speise- und Speckwagen mit sich reißend, in den Fluß. Die Strömung war derartig, daß sie die schweren Wagen fortspülte. 125 Personen waren im Zuge und zumeist in den herabgestürzten Wagen. Zwei Schlafwagen blieben auf der Brücke stehen. Aber auch von ihren Insassen waren einige schwer verwundet. Dem Hilfszug von Pueblo folgte ein zweiter mit Wagen voll Särgen. 25 Menschen wurden gerettet. Zweihundert Männer suchten nach den Verunglückten. 50 Leichen fand man im Morast 1 1/2 Kilometer von der Unglücksstätte entfernt. Der eiserne Schrank des Speckwagens war erbrochen und geplündert. Viele Leichen sind wahrscheinlich auf immer unter dem Schwemmsand begraben. Freiwillige sind aufgeboden und patrouillieren zum Schutz des Eigentums am Ufer. Der Zug war bekannt unter dem Namen „Weltausstellungs-Flieger“.

Zum Brande des Marine-Arsenals in Toulon wird noch gemeldet: Der durch den Brand des Arsenals verursachte Schaden ist noch erheblicher als man zuerst annahm und beläuft sich auf zwei Millionen.

Sechs kleine Mädchen ertranken mit ihrem Vater im Mississippi bei Alton. Sie waren mit ihrer siebenten Schwester an den Fluß gegangen, um zu baden, und gerieten in der Dämmerung an eine tiefe Stelle. Nur das siebente Mädchen wurde gerettet. Es meint, daß der Vater von den Kindern, die sich in ihrer Todesangst an ihn anklammerten, mit in die Tiefe gezogen worden sei.

Budapest, 9. August. Im Komitat Trentschin brannten in drei Ortschaften 175 Wohnhäuser mit etwa 830 Nebengebäuden nieder. In Trentschin-Nako kamen bei einem Brande drei Personen um. Aus den westlichen Landesteilen treffen Berichte über ausgiebige

Niederschläge ein; im Südosten sind 4-5 Millimeter Regen gefallen, die Temperatur ist gesunken.

Budapest. Heute nacht ist die große Medghaszaischer Dampf- mühle samt großen Wehlvorräten und 12000 Centnern Weizen niedergebrannt. Bei dem Versuche einen größeren Geldbetrag und die Mäher zu retten, hat sich der Sohn des Eigentümers lebens- gefährliche Verbrennungen zugezogen.

Touristen-Unfall. Innsbruck. Der in Steinach zum Sommer- aufenthalt weilende Professor Eller aus Jittau ist seit dem 4. d. M., an welchem Tage er eine Tour auf den Radonnerkogel unternahm, abgänglich. Eine Rettungssaktion wurde eingeleitet.

Schiffsunfall. Wie man dem „Freundenblatt“ aus Trieste meldet, stießen in dem gestrigen Nachtmanöver in den Gewässern von Teodo die Torpedoboote „Marabu“ und „Arancio“ zusammen. Beide Torpedoboote seien ziemlich schwer beschädigt und nach Pola gebracht worden.

Konstantinopel, 9. August. Vergangene Nacht ist das Café Chantant in Galata niedergebrannt. Mehr als 30 Personen sind in den Flammen um Leben gekommen. Bisher wurden acht verholzte Leichen aus dem Schutt gezogen.

Erdbeben. Wellington (Neuseeland), 9. August. Heute vormittag um 10 Uhr 22 Minuten fand hier ein heftiges Erdbeben statt, wie es seit vielen Jahren nicht verspürt worden ist. Mehrere öffentliche Gebäude wurden schwer beschädigt und viele Privatfirmen und Familien haben große Verluste erlitten. Menschenleben sollen nicht in Mitleidenschaft gezogen sein. Die Erderschütterung wurde sowohl auf der Nord- wie auf der Südinsel wahrgenommen.

Unter einem Felsblock begraben. Dieppe, 9. August. Gestern abend löste sich beim benachbarten Dorfe Kemere-Grosse ein Block von ungewöhnlicher Größe los. In dieser Zeit waren in jener Gegend zahlreiche Erwachsene und Kinder mit Suchen von Muscheln zwischen den Felsen beschäftigt. Bisher wurde festgestellt, daß zwei Personen verschüttet sind, doch herrscht die Beforgnis, daß die Zahl der Verunglückten noch größer ist. Eine Compagnie des 128. Infanterie-Regiments ist damit beschäftigt, die Trümmer fortzuräumen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb' Verlag) ist soeben das 45. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum internationalen Kongress. Von Karl Kautsky. — Zur Lage in Holland. Von Henriette Roland-Holst. — Sozialpolitisches aus den Berichten der Arbeitersekretariate für das Jahr 1903. Von Gustav Hoch (Hannau). — Das Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung. II. Von A. Bringsmann. — Literarische Rundschau: Edgar Willhaud, La démocratie socialiste allemande. Von F. M. Wähquellen für Schriftsteller. Von e.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Heftzeit für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieb' Verlag) ist uns soeben die Nr. 17 des 14. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Artikel der Vertrauensperson. — Zur Frauenkonferenz in Bremen. Von Luise Diez. — Was ist die Zeit? Von Julian Borchardt, Königberg in Preußen II. — Zur Lage der Fabrikarbeiterinnen in Oestrich. Von Anna Greger. — Im Zeichen der Wohlthätigkeit. Von Wilhelm Holzgamer. — Aus der Bewegung. — Brief von der Agitation in der Provinz Sachsen. Von W. Köhler. — Familien: Späte Rosen. Von Theodor Storm (Schluß). — Notizen: Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Dem Internationalen Kongress in Amsterdam widmet der „Wahre Jacob“ das Titelbild seiner soeben erschienenen Nummer „Die Arbeiter an der Arbeit“, das der römische Künstler Kata Longa gezeichnet hat. Auch das doppelte Bild von Hans G. Jensch, „Dem Licht entgegen!“ ist eine Huldigung für die Teilnehmer am Bekrönungskampfe der Menschheit und in einem schwungvollen Gedichte „Amsterdam“ begründet Clara Müller den Kongress. Außerdem enthält die Nummer die Illustrationen „Unheimliche Gäste“, „Der Herr Staatsanwalt“, „Bülow und sein Geliebter“ und „Auf der Höhe“. Der textliche Teil bringt die Gedichte „Germanias Klage“, „Der Rüstlerhaat“, „Kangleretod“ von Clara Müller mit dazugehöriger Zeichnung von M. Alke, ferner den Aufsatz „Demosthenes“ von Adolf Braun mit dazugehörigen Zeichnungen aus dem alten Hellas und außer zahlreichen kleineren Beiträgen in Prosa und Poesie noch das Heftchen: „Die Heldinnen“. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 10. August.

Anfang 7 1/2 Uhr:

Neues König. Opern-Theater.

Orpheus in der Unterwelt.

Belle-Alliance. Schauspiel von Emil Winter. Lymians Humorsitten.

Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Ballner-Theater.)

Undine.

Westen. Liebeshandel.

Reiter. Japhetreich.

Neues. Einen Jux will er sich machen.

Residenz. Die 300 Tage.

Kleines. Nachtspiel.

Metropol. Ein tolles Jahr.

Apollo. Demus auf Erden. Specialitäten.

Herrnsfeld-Theater. Nur eine Nacht.

Am andern Morgen.

Stadt-Theater Moabit. Der reiche Kusteloh.

Reichshallen. Stettiner Säger.

Passage-Theater. La belle Georgette.

Specialitäten. Anfang 5 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.

Die Weltausstellung in St. Louis.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Der lange Josef

217 cm gross.

Nada und Menemos.

Gedankensond.

Der Leichenfund.

Aga, die schwelende Jungfrau.

Alles ohne Extra-Entree.

Urania.

Taubenstr. 48/49.

Um 8 Uhr im Theater:

Die Weltausstellung in St. Louis.

Hierauf: Der Gardasee.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Der lange Josef

217 cm gross.

Nada und Menemos.

Gedankensond.

Der Leichenfund.

Aga, die schwelende Jungfrau.

Alles ohne Extra-Entree.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Der unverwundbare Fakir!

Italienisches Original-Orchester.

Damen und Herren.

Der Kampf um Port Arthur.

gr. akt. Spektakel-Schauspiel.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:

Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.

Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

An der Arena: Der See-Elefant.

Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Cirkus Sarraiani.

Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.

Täglich:

Mr. Ralphs

5 dressierte Schweine.

Apollo-Theater.

7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.

8-9 1/2 Uhr: Die phänomenalen Attraktionen des grandiosen August-Specialitäten-Programms.

9 1/4 Uhr:

Venus auf Erden.

Operette von Paul Lincke.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Dammstr. 16.

Durchschlagender Erfolg des erstklassigen August-Programms!

Lustspiel! Posse! Romische Oper!

Dazu die erstklassigen Specialitäten.

Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr ab.

Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Nur noch kurze Zeit!

Flotten-Schauspiele

Kurfürstendamm 153-156.

Straßenbahn-Verbindung: Linien A, T, V, A/E, 91.

Größte Wasser-Schauspiele der Welt.

In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.

Heute Mittwoch, den 10. August: Billiger Tag.

Vorstellungen um 4 und 8 Uhr.

Eintrittspreise: 2,10, 1,60, 1,10, 0,80, 0,50, 0,30 M. 20 Pf.

Neue Welt.

Hasenheide 108/114. Arnold Scholz.

Letztes großes Erntefest

verbunden mit Erste-Festzug, Pombouren, Fackel-Polonaise und Gratis-Berlosung wertvoller

goldener Damen- und Herren-Uhren.

Gala-Specialitäten-Vorstellung. Gr. Erntefest-Ball

Das neue August-Programm. bei stark besetzt. Orchester.

Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pfennig.

Freitag, den 12. August:

Voranzeige. Benefiz Hans Hoffmann.

Max Klem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Mühlitz.

Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

2 hochlegante Regelbahnen, Bälle, Korbball, Blumenstand etc.

In den Sälen:

Grosser Ball.

Jeden Dienstag u. Donnerstag bis auf weiteres

Grosse Extra-Dampfer-Fahrten

mit Musik nach Sporthaus Riegenhals am Crostin-See.

Abfahrt morgens 1/9 und nachmittags 2 Uhr von der Stralauerbrücke, Ede Wollenbrücke, Rahm u. Dörper. Fahrpreis hin und zurück nur 50 Pfennig. 59492\*

Max Börschel.

NB. Am Sonnabend, den 20. August, findet ebenfalls eine Extrafahrt statt. Abfahrtszeiten und Fahrpreis wie oben. Kleine Fahrkarten und Vereine können sich beteiligen. Auskunft erteilt Gustav Schmidt, Stralauerbrücke 1.

Schlosspark Wilhelminenhof an der Oberspree.

Inhaber: Chr. Fennel. 59492\*

Heute Mittwoch:

Grosses Militär-Konzert und Elite-Ball.

Täglich:

Billigste Dampfer-Extrafahrten

von der Nischelochbrücke

nach Muggelwerder mit Musik. Abfahrt 9 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags. Preis für bleibende Gäste 30 Pf. hin und zurück. Sonst 40 Pf. Kinder die Hälfte. Sonntags einfache Fahrt 40 Pf. 57652\*

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen

Bautellen in schönster Lage Nieder-Schönhausens an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; mit hochliegendes, trockenes Land, per □-M. von 85 M. an. 46192\*

Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 3, Nieder-Schönhausen.

Dr. Schünemann

Specialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 19/1\*

Dr. Simmel, Specialarzt für Haut- und Harnleiden, Prinzenstr. 41. 19/1\*

Belle-Alliance-Theater.

Letzte Woche! Anfang 7 1/2 Uhr.

Winter-Cynians Humorsitten

Von Gärten, Anfang 6 Uhr: Curt Goldmann-Konzert und große Specialitäten-Vorstellung allerersten Ranges.

Freitag, den 12. August: Benefiz für Kapellmeister Curt Goldmann.

Residenz-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr:

Die 300 Tage.

Schwanz in 3 Akten von Paul Genault u. Robert Charney, Deutsch v. H. Galm.

Trianon-Theater.

Wieder-Eröffnung

Sonnabend, 13. August.

Die Notbrücke.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres:

Ein tolles Jahr.

Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.

Musik von Victor Hollaender.

Anfang 8 Uhr.

Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.

La belle Georgette,

Flammen- und Radium-Tänzerin.

Naniva, japanische Truppe.

Vierzehn erstklass. Nummern.

Gebäude Herrfeld-Theater.

(XIII. Berliner Winter-Saison.)

Nur eine Nacht.

Zwei Akte aus einer Ehe.

Am andern Morgen.

Nachtspiel zu „Nur eine Nacht“.

Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.

Anfang 8 Uhr. Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.

Der große Naturgarten ist geöffnet.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.

Heute:

Grosse Extra-Vorstellung zum Benefiz für den Oberregisseur Heinrich Richter.

Lumpacivagabundus

oder: Das liebliche Kleeblatt.

Große Hauberpöste mit Gesang in 6 Bildern von Reistrof.

Außerdem das sensationellste August-Programm.

Im Saale: Grosser Ball.

Anfang 4 1/2 Uhr.

Entree 30 Pf. Kamerierter Platz 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.

Konzert, Theater, Specialitäten.

Vollständig neue Spielfolge.

Extra-Tanz. Kaffeeküche.

Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Donnerstag, 18. August: Benefiz für Joka, Gottstein, Zeunert.

Sonnabend, den 27. August, für Vereine frei.

Diez' Specialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/77-Direkt Ringbahnstation.

Ob schön! Täglich Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal:

Zum Totlachen

das vollständig neue konfurrenzlose Riesensprogramm, ca. 35 Nummern.

Unter anderem:

Grobniess-Troupe, 4 Personen, russische Tänze mit dem besten Länger.

The Horwoods, American-Excentric.

Medy Bramles, der kleine Robold.

Bruno Galfros, der Drollige.

Korvos & Barla, Excentric a. Barren.

Mstr. John ???, beher Rampulator.

Elsa u. Paul Jeschock, Fritz Brand etc.

Kaffeeküche. Volksbelustigungen.

Bis 2 Uhr: Ball. Entree 20 Pf.

Sonntags 30 Pf.

Schweizer-Garten

am Königsh., am Friedrichshain 29/32.

Täglich: Theater u. Specialitäten-Vorstellung.

Volksbelustigungen und Ball.

Jeden Abend: Lesecke in Italien.

10 U.: Gesangsposse m. Tanz v. 2 U.

Jeden Mittwoch: Kinderfreundfest.

Entree 30 Pf.

Sonnab., 13. Aug., ist für Vereine frei.

Reichshallen-Theater.

Nun wieder täglich: Stettiner Säger.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.

Täglich im Garten oder Saal:

Korsts Norddeutsche Humoristen

und Quartett-Säger.

Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Bons haben Gültigkeit.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.

Hermann Imbs.

Täglich:

Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.



# Vorsicht Mütter!

Jum Schrecken der Eltern erkrankten und starben sehr viele Kinder nach dem Genuss von Milch in der Zeit, wo die Mütter mit Gras oder Rüben gefüttert wurden, weil die Kuhmilch infolge dieser Futtermittel bei den Kindern die heftigsten Darmkrankheiten hervorruft.

Gewissenhafte Eltern bestellen deshalb während der heißen Jahreszeit die bewährte Trockenmilch bei der **Milchkuranstalt „Schweizerhof“**.

**1 Liter Kindermilch 35-50 Pfennig.**

Für Säuglinge, die diesen Gefahren besonders ausgesetzt sind, wähle man **Prof. Gärtner's Säuglingsmilch**, welche wir in mehreren, dem Alter des Kindes angepassten Mischungen trinkfertig und sterilisiert liefern. Gärtner's Säuglingsmilch ist der natürliche Ersatz der Frauenmilch und weist die glänzendsten Ernährungsergebnisse auf, die je bei der Säuglingsernährung erzielt worden sind.

**Vollmilch in plombierten Flaschen 1 Liter 20 Pf. frei Küche.**

Ausstellung in alle Städte und Vororte. Versand nach ganz Deutschland.

**Milchkuranstalt Schweizerhof**

NW., Emdener-Strasse 40-41. Teleph.-Amt II 2517.

# Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 12. August cr., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht und Wahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 3. Antrag betreffend verloren gegangener Marken.

148/6\*

Das Erscheinen aller Kollegen erwartet Die Verbandsleitung. U. A.: Emil Thöns.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68 • Lindenstraße 69

Wir empfehlen den Genossen zum Abonnement:

**Wider die Pfaffenherrschaft**

Kulturüber aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von **Emil Rosenow**

50 Lieferungen reich illustriert • à Lieferung 20 Pfennig •

Der Verfasser entwickelt vom Standpunkt des historischen Materialismus das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Er zeigt wie inmitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die weltliche, kommunistische Revolution beginnt, aus der sich die Pfaffenherrschaft entwickelt. Der Reiz liegt wie das Papsttum entsteht und wie es den Gipfel seiner Macht bis zur Weltbeherrschung erreicht, bis die wachsende kapitalistische Wirtschaftsweise die Pfaffenherrschaft in Ruin und Untergang treibt.

### Sanssouci.

Rottbuzer Chor — Stat. der Hochbahn

Täglich im Garten: **Hoffmanns Norddeutsche Sängler.**

Sonntag, Montag, Donnerstag:

Nach der Soliree: **Tanzkränzchen.**

Neu! Zum Schluss: **Neu! Unser Kind.**

**Berliner Prater Theater**  
Kastanien-Allee 7-9

Täglich: Der rechte Weg. Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten. Satanello-Trio. Wardinis. Grigolati-Truppe. Konzert, Ball, Specialität. Ab 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Kopen-Strasse 29:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Kassenbericht. Bericht des Vorstandes. Bericht der Arbeitsvermittler und der Kontrollkommission. Ersatzwahlen der Ortsverwaltung. Wahl des Gauvorstandes. Anträge. Verbandsangelegenheiten.

87/14

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

# Achtung, Glaser!

Mittwoch, den 10. August, abends 7 1/2 Uhr:

## Öffentliche Versammlung

im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 73/5

1. Vortrag des Genossen Rehbain. 2. Unsere Lohnbewegung.

Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Wir ersuchen alle Kollegen, ihre Frauen mitzubringen. **Der Einberufer.**

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

## Versammlung der former und Berufsgenossen

in den „Germania-Sälen“, Chausseestraße Nr. 103.

Tages-Ordnung:

1. Beschluss der Kühnemänner und unsre Stellung dazu. 2. Diskussion.

Jeder Former muß zur Stelle sein. Die Ortsverwaltung.

# Vereinigung d. Maler, Lackierer, Anstreicher.

Donnerstag, den 11. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bereits-Angelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Regen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

# Socialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige. Am 5. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Zimmerer

**Josef Pawlowski,**  
Wiltbergstraße 18.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Mittwochnachmittag 5 Uhr vom Trauerhause aus nach dem Seebahnhof in Reinickendorf West (Humboldtstraße) statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 248/7 Der Vorstand.

# Verband der Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. (Filiale Berlin.)

Todes-Anzeige.

Am 8. August verstarb unser Mitglied

**Reinhold Giersch**  
(Vorstr. 75) im 44. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken! 163/4 Die Ortsverwaltung.

# Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen Berlin 8.

Nach kurzem Kranklager verstarb unser Mitglied

**Adolf Schön**  
am Herzschlag. 2635

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Andreas-Markus-Kirchhofes, Wilmersberg, aus statt.

Die Ortsverwaltung.

# Dr. med. Falk,

Vorstadt, Reinickendorf (West), Zdammerstraße 64, an der Antonienstraße. Sprechstunden 8-10. 4-5. 7-8. 2725

# Echte Kornbranntweine

aus reinem Roggen u. Mais gebrannt sind besser u. bekömmlicher als billiger Cognac oder Liqueur. Echter Weisberger 65 Pf., Weisberger 1.00, Rastendorfer 95 Pf., Weisberger 1.25, Münsterländer 1.10, Rastendorfer 1.00, Weisberger 1.00, Tafel-Aquavit 1.10, Steinbäcker, Doornkaal, Rührperlen, Sommerländer etc. **F. Willumeit, Alexanderstr. 62, Skallitzerstr. 135, Reichenbergerstr. 87, Potsdamerstr. 48, Eing. Sturfsartenstr. u. Brückenstrasse 5, Eing. Hangelstraße.**

# Sportwagen

auffallend billig, direkt aus Fabrik. Sportwagen zum Liegen einstellbar, zugleich Kinderwagen. Luxus-Sportwagen edelster Holzverarbeitete und einbaste Sportkarren. 1. Treiber, Grüns 134 grünes, Alt. Kinderwagenfabrik Sachsen. Wahl: Barockkauf mit 10% Rabatt oder Teilzahlung beim Katalogverlangen.

# Gegen Monatsraten von 2 Mk.

an liefern wir

**Musikwerke** selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 18 Mk. aufwärts.

**Phonographen** nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts. Hospiete und unbespielte Wälsen Ia. Qualität.

# Bial & Freund in Breslau II.

Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

# Großes Eck-Restaurant und Destillation, Berlin W.

mit zwei Regalbahnen, Centralheizung usw., ohne Konkurrenz, noch in gutem Betriebe, in dessen nächster Umgebung zur Zeit größere Neubauten ausgeführt und solche bis auf weiteres gebaut werden, ist an ordentliche, solide und zahlungsfähige Leute sofort zu vermieten. Näheres im Comptoir **G. Otto Richter, W. 15., Liotzenburgerstr. 15.**

# F. Kolwig's Restaurant u. Garten

Grosse Frankfurterstr. 99, am Straußbergerplatz, empfiehlt seine Festäle u. Vereinszimmer zu Privat-, Vereins-Festlichkeiten u. Versammlungen bis 150 Personen lassend, zu folgenden Bedingungen. Tägl. musikal. Unterhaltung. ff. Weissbier. Speisen zu kl. Preisen. Teleph. Amt 7, 3591.

# A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17  
Ecke Leipziger Strasse

BELLE ALLIANCE-STRASSE 1/2  
Am Bücherplatz

GROSSE FRANKFURTER STRASSE 113  
Ecke Andrea-Strasse

# Gelegenheitskauf

soweit der Vorrat reicht

# Kostümröcke

neueste Sport- u. andere Façons in modernen melierten u. schwarzen Stoffen

Serie I

**3 95**  
M.

regulärer Wert bis 6 50 M.

Serie II

**5 75**  
M.

regulärer Wert bis 9 50 M.

Serie III

**7 85**  
M.

regulärer Wert bis 13 50 M.

# Blusen

ganz auf Futter

schwarz-weiss karierte Stoffe od. moderne Schotten, geschmackvolle Ausführung . . . . .

**4 95**  
M.

regulärer Wert bis 7 50 M.